

factor^y

Magazin für nachhaltiges Wirtschaften

Thema

CHANGE

System Change statt Climate Change Das Medium des Wandels Von der Chance zum Change Instrumente für den Change in Unternehmen Diese Krise ist die beste letzte Chance Fünf Jahrzehnte Klima-Uhr als politischer Game Changer Eine Wirtschaft, die genügt Die Wende im Kopf



System Change statt Climate Change



istockphoto.com/Martin Barraud

Der Change ist spürbar, überall. Wandel und Transformation finden statt, ob gewollt oder nicht. Nicht erst Corona hat das Leben und seine Bedingungen verändert: Eisschmelze, Waldbrände, Artensterben, tauende Permafrostböden, Trockenheit – all das ist inzwischen nahezu jedem Menschen weltweit in unterschiedlicher Form verstärkt präsent. Die ökologischen Bedingungen verschärfen sich – zusehends. Hinzu kommen die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen: wachsende Ungleichheit, Konflikte um Wasser, Boden, Macht, Gerechtigkeit und politische Teilhabe, wachsende Migrationsströme.

Die Versprechungen von Wohlstand und Sicherheit einer weltweit dominierenden Wirtschaftsordnung lassen sich unter diesen Umständen nicht mehr für alle erfüllen – die lange erzählten Grenzen des Wachstums sind jetzt für alle sichtbar geworden. Der Klimawandel formt die Welt und ihr Handeln: Aufhalten lässt er sich nicht mehr, aber begrenzen ließe er sich schon. Folgen, die weit schwerer sind, als die, die wir jetzt sehen und erleben, ließen sich vermeiden.

Die Covid-Pandemie hat diese Empfindlichkeit des Lebens global deutlich gemacht – auch die der Wirtschaft. Gerungen wird jetzt um den Wiederaufbau. Geschieht der so, dass die alten, krisenanfälligen Strukturen erneut gestützt werden, wird es nichts mit einer Wende bei Emissionen, Arten- und Ressourcenschutz. Jetzt böte sich also die Chance, einen echten Change zu unternehmen – und das in vielen Bereichen, für soziale und ökonomische Innovationen. Sich nicht die Bedingungen ►

durch ein Weiter-so diktieren zu lassen, sondern aktiv gegenzusteuern und zu gestalten.

Das Bewusstsein dafür scheint gewachsen zu sein. Die Erfahrung der Pandemie ist global. Die Ahnung, dass die Klimakrise gewaltiger sein wird als die Coronakrise, dass sie weitere Krisen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art bedingen wird, ist weltweit angekommen – selbst wenn es bizarre Kräfte gibt, die einen Wandel nicht wollen.

Weil es gerade jetzt wichtig ist, die richtigen Weichen für den Wandel zu stellen, haben wir dieses factory-Magazin „Change“ genannt. Sicher: Wir haben uns auch bisher schon mit Change beschäftigt, der Wandel zum nachhaltigen Wirtschaften ist unserer Vision eingeschrieben. Doch in dieser „Change“-factory nehmen wir den speziellen Zeitpunkt und die konkrete unmittelbare Gestaltung des Wandels unter die Lupe.

Mit Beiträgen wie zur Krisenhaftigkeit der Welt oder zum Bedarf einer neuen Normalität, zu Change-Instrumenten für Unternehmen sowie zur zukunftstauglichen Gestaltung von Konjunkturprogrammen. Mit Gedanken zum „Sozialen“ der ökologischen Krise oder zur Stärkung der persönlichen Change-Fähigkeiten, oder mit Gesprächen zum suffizienten Lebens- und Wirtschaftswandel.

Unsere Hoffnung ist, dass dieses Change-Magazin vielleicht tatsächlich einen gewissen Wendepunkt markiert. Wir wünschen viel Freude daran!

Ralf Bindel und das Team der factory



© istockphoto.com / wildpixel



50

factor^v

Inhalt

- 2 Editorial: System Change statt Climate Change
- 9 Das Medium des Wandels
- 17 Von der Chance zum Change
- 25 Instrumente für den Change in Unternehmen
- 33 Diese Krise ist die beste letzte Chance
- 42 Fünf Jahrzehnte Klima-Uhr als politischer Game Changer
- 50 Eine Wirtschaft, die genügt
- 59 Die Wende im Kopf
- 68 factor^v ist das Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften



JE

33



17

© istockphoto.com /AscentXMedia

© istockphoto.com /AscentXMedia



9



42



17

© istockphoto.com /hsrvs , altmodern, sinenky

Organisation, System, Wechsel, Wandel, Aufbruch, Neustart, Veränderung, Change, Management, Struktur, Unternehmen, Ideen, Innovation, Utopie, Vorschläge, Verbesserung, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Veränderungsmanagement, Veränderungsblindheit, Veränderungssperre, Veränderungsrate, Veränderungsagent, Veränderungskommunikation, Veränderungsbereitschaft, Change Agent, Climate Change, System Change, Changemanagement, Gesellschaftlicher Wandel, Sozialer Wandel, Ökologischer Wandel, Demografischer Wandel, Globaler Wandel, Wandel der Zeiten, Transformation, Digitale Transformation, Revolution, Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Große Transformation, Wandel durch Annäherung, Wertewandel, Strukturwandel, Gradueßer Wandel, Politik der kleinen Schritte, Heiliger Wandel, Modernisierung, Substitution, Konstante, Variable, Metamorphose, Formwandler, Larve, Kreislauf, Fliegender Wechsel, Pass, Wechseljahre, Finanzwechsel, Wechselstrom, Wechselkurs, Systemrelevanz, Wandelflugzeug, Wechselbalg, Aufbruchsstimmung, Innovationsfähigkeit, Wechselwille, Vorschlagswesen, Kontinuierlicher Verbesserungsprozess, Wirtschaftswandel, Gesellschaftswandel, Transition, Transition Town, Transition Management, Übergang, Überleitung, Mutation, Züchtung, Umformung, Überformung, Verformung, Transfer, Änderung, Abwandlung, Modulation, Überarbeitung, Korrektur, Umarbeitung, Umgestaltung, Umwandlung, Modifikation, Modifizierung, Revision, Novellierung, Evolution, Mimikry, Anpassung, Alterung, Stoffwechsel, Aufbau, Abbau, Lernen, Entwicklung, Krise, Chance, Eisschmelze, Waldbrände, Artensterben, Per-
CHANGE mafrost, Corona, Covid-19, Klimakrise, Coronakrise, Gestaltung, Konjunktur, Programm, Wendepunkt, Katastrophe, Verdoppelung, Verringerung, Reduktion, Klimaschutzabkommen, Verantwortung, Auswirkungen, Waldverlust, Migration, Alarm, Prognose, Mobilisierung, Herausforderung, Wirkung, Finanzkrise, Handeln, Erschöpfung, Überlastung, Planetare Grenzen, Katharsis, Reinigung, Erschütterung, Bedrohung, Gefahr, Schwelle, Liminalität, Perpetie, Plot Point, Tipping Point, Gegenmaßnahmen, Furcht, Angst, Aufklärung, Prävention, Paradox, Krankheit, Bekämpfung, Verschwörung, Verharren, Reaktion, Beschränkung, Kippen, Routine, Erdbeben, Resilienz, Vernichtung, Anpassungsfähigkeit, Untergang, Design, Disaster, Widerstand, Apokalypse, Normalität, Plötzlichkeit, Bedrohlichkeit, Unterbrechung, Ausgestaltung, Schaden, Durchbruch, Steuerung, Entscheidung, Verhaltensänderung, Stabilität, Tendenz, Trend, Regeln, Normalisierung, Planung, Dynamik, Sehnsucht, Erfindung, Wiederherstellung, Umbruch, Mischung, Richtungswechsel, Wahrscheinlichkeit, Verbrennung, Rückkehr, Erhalt, Emanzipation, Fortbestand, Einbringen, Verteilung, Vorsorge, Regulierung, Rückbau, Verzögerung, Infektion, Minderung, Aufrechterhaltung, Produktion, Eingriff, Folgen, Zerstörung, Verkürzung, Beschleunigung, Erfahrung, Erkenntnis, Sanierung, Transformationsprozess, Effekt, Signal, Machbarkeit, Teilhabe, Überschreitung, Kippmoment, Wiederaufbau, Recovery, Krisenprävention, Game Changer, Annäherung, Ausbeutung, Finanzierung, Wachstum, Vergeudung, Verschmutzung, Umweltbewegung, Verpackung, Auftauen, Deep Adaption, Extinction, Umsteuern, Verschiebung, Waldsterben, Verbrauch, Verbreitung, Orientierung, Stillstand, Lockdown, Shutdown, Umbau, Umstrukturierung, Zusammenbruch, Intervention, Motivation, Ansatz, Konstruktion, Mindshift, Nudging, Förderung, Rebound, Anreiz, Appell, Strategie

75

75 Prozent aller neuen Infektionskrankheiten beim Menschen stammen aus dem tierischen Bereich. Viel

spricht dafür, dass auch das Coronavirus Sars-CoV-2 dazu gehört. Schweine- und Vogelgrippe, BSE, HIV, Ebola – alle ihre Erreger kamen von Tieren. Der größte Teil der Zoonosen stammt von Wildtieren. Werden ihre Lebensräume wie durch Entwaldung und Erderwärmung weiter zerstört, könnten Pandemien wie Covid-19 häufiger und noch gefährlicher werden. Treiber sind auch der illegale Artenhandel und Wildtiermärkte. Der Schutz von Arten und Natur würde auch medizinische Katastrophen mit schweren sozialen Folgen verhindern. Thomas Mettenleiter, „Wir sind Teil des Tierreichs“, taz.de, 8.9.2020; WWF, „Coronavirus: Wie uns Artenschutz ...“, 2.4.2020, wwf.de

55

Das eine Prozent der privaten Haushalte in der EU mit dem größten Wohlstand hat einen jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von 55 Tonnen CO₂ pro Jahr. Der Durchschnitt

liegt bei rund acht Tonnen, in Deutschland bei 11 Tonnen. Die einkommensstärksten zehn Prozent der Haushalte in der EU verursachen 27 Prozent der CO₂-Last, die untere Hälfte emittiert lediglich 26 Prozent. Fliegen und Autoverkehr sind die stärksten Emissionstreiber bei den Vermögenden, geflogen wird fast ausschließlich von den obersten zehn Prozent. Für das 1,5-Grad-Ziel müssten die Emissionen bis 2030 auf 2,5 Tonnen pro Kopf und Jahr sinken. 95 Prozent der Haushalte müssten bis dahin ihren CO₂-Fußabdruck senken. Die ungerechte Klimakrise, klimareporter.de, 6.9.2020

10

Wachsende Ungleichheit steigert die Erderhitzung: **Für die Verdoppelung der Treibhausgasemissionen in den letzten 25 Jahren sind insbesondere die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verantwortlich** (52 Prozent der Emissionen) – nicht wie häufig angenommen die globale Mittelklasse. Diese verursacht mit rund 2,5 Milliarden Menschen nur 41 Prozent des Anstiegs, die ärmsten 3,1 Milliarden lediglich sieben Prozent. Auch in Deutschland seien die reichsten zehn Prozent (8,3 Millionen Menschen) im Jahr 2015 für mehr CO₂-Ausstoß verantwortlich gewesen als die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung (41,3 Millionen Menschen). Der Bericht Confronting Carbon Inequality hatte den CO₂-Ausstoß der einzelnen Einkommensgruppen für die Jahre zwischen 1990 und 2015 ausgewertet. Klimakiller Reichtum, oxfam.de, 21.9.2020

160

Einen Klima-Bürgerrat, in den 160 Bürgerinnen und Bürger ausgelost werden, repräsentativ nach Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Region, Gemeindegröße und anderen Kriterien, das plant ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Damit will es mehr Bürgerbeteiligung und Repräsentation erreichen. Der Rat soll ein Gutachten für die Bundesregierung erarbeiten, welche Maßnahmen zum Klimaschutz die Bürger*innen für nötig erachten, unter welchen Bedingungen sie mitzuhelfen bereit sind und was sie selbst beitragen möchten. In Großbritannien sind solche Bürgerräte seit langem in vielen Kommunen etabliert, seit 2020 gibt es dort auch einen nationalen Klima-Bürgerrat. In Irland fand 2017 der erste Klima-Bürgerrat statt, in Frankreich 2019. In Deutschland gab es 2019 einen ersten nationalen Demokratie-Bürgerrat. www.buergerrat.de

14

Ohne eine durchgreifende Klimapolitik muss zukünftig bis zu 14 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung für Klimaschäden aufgewendet werden, so die Prognose für das Jahr 2100. In den Tropenländern könnten es sogar mehr als 20 Prozent sein – noch ohne die Folgen zunehmender Wetterextreme. Der bekannte „Stern-Report“ des britischen Ökonomen Nicholas Stern hatte noch 2006 lediglich fünf Prozent Verlust angegeben. Grund für den zusätzlichen Aufwand: Unternehmen und Arbeitskräfte leiden, die Arbeitsproduktivität und Ernteerträge sinken und bei höheren Temperaturen steigen die Kosten der Infrastrukturen. Pro Tonne hier emittierten CO₂ entstehen wirtschaftliche Schäden von im Mittel 112 Euro, bei Berücksichtigung der Klimaschäden in den ärmeren Ländern drei mal so viel. Der aktuelle CO₂-Preis im EU-Emissionshandel für Kraftwerke, Industrie und Flugverkehr schwankt zwischen 20 und 30 Euro pro Tonne. Klimakrise wird viel teurer ..., klimareporter.de, 27.8.2020



3

Allenfalls auf rund drei bis vier Grad Celsius lässt sich die Erderwärmung mit den bisher weltweit angekündigten Klimaschutzmaßnahmen begrenzen – statt der 2015

im Pariser Klimaschutzabkommen beschlossenen zwei oder gar 1,5 Grad. Jedoch lässt sich das Ziel sowohl mit technischen als auch mit Verhaltensänderungen noch erreichen. Ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen werden allerdings in öffentlichen Diskussionen häufig abqualifiziert. Die Diskurse gehen dabei in vier Grundrichtungen: die Verantwortung von anderen sei größer, nicht-transformative Maßnahmen würden ausreichen, Klimaschutz sei sozial ungerecht und bedrohe den Wohlstand, und es sei ohnehin zu spät für Klimaschutz oder dieser gar nicht möglich. Mercurator Research Institute on Global Commons and Climate Change, William Lamb, Juli 2020

68

Seit 1970 ist weltweit der Bestand von Säugetieren, Vögeln, Fischen, Amphibien und Reptilien im Schnitt um 68 Prozent gesunken.

Der 13. Living Planet Index stellt 2020 für die biologische Vielfalt einen neuen Tiefpunkt fest. Für Europa fordert der WWF eine Kopplung von 50 Prozent der EU-Agrarsubventionen an Klima- und Umweltschutzziele. Weltweit müssten Schutzgebiete auf 40 Prozent der Landfläche ausgeweitet werden, in Europa auf 30 Prozent. Die Ernährungssysteme müssten grundlegend nachhaltig werden. Allein durch klassischen Naturschutz werde es unmöglich sein, die Biodiversität zu erhalten. Living Planet Index 2020, wwf.de; Abwärtstrend ist umkehrbar, idiv.de, 10.9.2020

2000

Allein in den ersten fünf Monaten 2020 gingen 2.000 Quadratkilometer Wald in Brasilien verloren, fast 50 Prozent mehr als im Durchschnitt der letzten vier Jahre. Die Wälder brennen, damit weitere Anbauflächen für Soja geschaffen werden. Das wird als Tierfutter vor allem nach China und in die EU exportiert. 13,5 Millionen Tonnen Soja importiert die EU pro Jahr, davon 41 Prozent aus Brasilien. Mehr als ein Fünftel davon stammt aus illegal gerodeten Flächen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Schweinefleischexporte der EU um 15 Prozent auf fast 2,6 Millionen Tonnen, rund 63 Prozent davon gingen nach China. Deutschland produziert 20 Prozent mehr Schweine, als hierzulande verzehrt werden. Die Klimaschutzziele von 1,5 und 2 Grad sind nur mit wesentlich weniger Massentierhaltung zu erreichen. Kompletter Systemwechsel, wwf.de, 26.8.2020; Fleischatlas 2018, boell.de

1.200.000.000

Die Auswirkungen des Klimawandels könnten 2050 den Lebensraum von mehr als einer Milliarde Menschen unbewohnbar machen, prognostiziert eine Studie des Londoner Institute for Economics and Peace. Klimawandel, Konflikte und Unruhen könnten viele dieser Menschen dazu drängen, ihre Länder zu verlassen. Besonders bedrohte Hotspots seien die Sahelzone, südliche afrikanische Staaten sowie der Nahe Osten von Syrien bis Pakistan und das südliche Asien. Konflikte und ökologische Bedrohungen würden einen Teufelskreis um die dadurch schrumpfenden natürlichen Ressourcen bilden. Auch vermeintlich krisensichere Länder wie die europäischen wären betroffen: 2015 hatten eine Million Flüchtlinge massive politische Unruhen und Entwicklungen ausgelöst. Migrationsforscher warnen allerdings vor derart alarmierenden und fragwürdigen Prognosen: Die Wissenschaft sei derzeit gar nicht in der Lage, realistische Zahlen für die weltweite klimabezogene oder auch nur die Migration im Allgemeinen in 25 oder 30 Jahren aufzustellen, die Datenlage sei einfach zu schlecht. 2019 waren laut UN-Flüchtlingswerk weltweit 80 Millionen Menschen auf der Flucht. Climate crisis could displace 1.2bn people, theguardian.com, 9.9.2020; Wer vor Klimafolgen fliehen muss ..., B. Schraven, zeit.de, 16.9.2020

»Viele kamen allmählich zu der Überzeugung, einen großen Fehler gemacht zu haben, als sie von den Bäumen heruntergekommen waren. Und einige sagten, schon die Bäume seien ein Holzweg gewesen, die Ozeane hätte man niemals verlassen dürfen.«

Douglas Noël Adams (1952 - 2001), britischer Schriftsteller. Aus: Per Anhalter durch die Galaxis, Kapitel 1

Das Medium des Wandels

Wer sich mit den langfristigen Herausforderungen unserer Welt beschäftigt, steht staunend vor dem Phänomen Corona und sieht, wie eine Gesellschaft im Zeichen der Krise alle politischen und administrativen, zivilen und medizinischen, aber auch die Kräfte der Menschen mobilisieren kann und in kürzester Zeit ein soziales Immunsystem gegen die Pandemie aktiviert. Ist die Corona-Krise und ihr Handling also ein Präzedenzfall für die zukunftsfähige Umgestaltung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise? Ein kulturgeschichtlicher Rückblick soll das Transformationspotenzial von Krisen in den Blick nehmen und vorläufige Hinweise für kommende Krisen herausdestillieren.

Von Bernd Draser



Bis vor wenigen Monaten war die Rede von Krisen in Deutschland immer abstrakt, also wörtlich losgelöst von der unmittelbaren sinnlichen Erfahrung. Entweder fanden sie andernorts statt und wir waren ihre erschütterte-interessierten Zuschauer, oder aber sie blieben in ihren Wirkungen so abstrakt, dass sie sich nur medial vermittelt und nicht unmittelbar erfahrbar abspielten, sei es das ohnehin blockbusterhafte 9/11 oder die Finanzkrise ab 2007; oder als Katastrophen in weit entfernten Ländern wie der Tsunami im Indischen Ozean von 2004 und das Erdbeben in Haiti 2010.

Auch die bedeutsamen Krisen nach dem zweiten Weltkrieg sind aus (west-)deutscher Sicht zwar relevant, aber weder das gefährliche Jahr 1956 mit dem Ungarn-Aufstand und der sowjetischen Intervention noch die Suez-Krise berührten die Routinen des Alltags; die Tragweite der Kubakrise von 1962 wurde erst später deutlich. Der Mauerbau von 1961 und ihr Fall 1989 wurden abgedeckt von der entlastenden alliierten Gesamtverantwortung; das bergende Bündnis und die rheinisch-heitere Bon-

ner Republik brachen den Stachel dieser Erschütterungen.

Seit dem zweiten Weltkrieg also sind Krisen für die deutsche Wahrnehmung stets die Krisen der anderen; sie erscheinen als Ereignisse, die sich in der medialen Rezeption nicht wesentlich vom sonntäglichen Tatort unterscheiden. Oder, klassischer gesprochen: Wir Satierten haben Übung darin, die Krisen der Welt wie Tragödien zu betrachten: Gerührt und erschüttert, wie Aristoteles es in der Poetik formuliert, aber in sicherer Distanz des Zuschauers, der kathartisch berührt das Theater verlässt.

Nun aber, nach siebzig Jahren Friedenszeit, überspült uns erstmals eine globale Pandemie und krepelt unsere Routinen um – zwar milder als in vielen anderen Ländern, aber doch so deutlich und real, dass wir alle aus unseren Zuschauersesseln mitten unter die Akteure geschleudert werden – incipit tragoedia.

Krisen und ihre Zuschauer

In der Tragödie „König Ödipus“ des Sophokles wird die Stadt Theben von der Pest geplagt, in ihrer Verzweiflung bringt man Opfer dar, um sich zu retten. König Ödipus macht sich wie ein Aufklärer daran, die Ursachen der Pest aufzudecken; mit Scharfsinn und Rücksichtslosigkeit enthüllt er, ahnend was kommt, sich selbst als Ursache allen Übels, weil er „schuldlos schuldig“, also unwissentlich seinen Vater getötet und seine Mutter geheiratet hat. Drei Dinge sind an dieser tragischen Konstellation für unsere Frage interessant:



Erstens das Tragische: Für uns Gegenwärtige kann Ödipus nicht subjektiv schuldig sein, weil er weder wusste noch wissen konnte, dass er sich schuldig machte. Die Zeitgenossen des Sophokles sahen Schuld aber nicht so vollständig an das Subjekt gebunden, sondern empfanden auch eine objektive Schuld (hamartia), die wir heute am ehesten mit Unreinheit oder Befleckung übersetzen würden; es ist eine rituelle und kollektive Schuld, die uns nach der Aufklärung unplausibel erscheint.

An dieser Unterscheidung wird deutlich, warum es eine so große Kluft zwischen objektivem Wissen und subjektivem (Nicht-)Handeln gibt: Nicht ich habe die Industrialisierung begonnen, sondern unsere Vorfahren des 18. und 19. Jh. taten es; und was kann ich als Individuum mit meiner äußerst begrenzten Wirkungsreichweite schon gegen die Erschöpfung der Ressourcen und Überlastung der planetaren Grenzen tun? Ödipus stellt sich dem Schuldzusammenhang und ist dadurch tragisch im engen Sinn. Doch diesen tragischen Sinn haben wir eingebüßt.



© istockphoto.com / AGEPhotography

Zweitens der Begriff der Katharsis: Aristoteles beschreibt die Wirkung der Tragödie auf den Zuschauer als kathartisch, also reinigend. Die Zuschauer werden ergriffen vom Schrecken der Ereignisse und vom Mitgefühl mit dem tragischen Helden. Die kollektive Erschütterung hat einen entsöhnenden Charakter, denn im Gegensatz zum Helden, der in seiner Hybris den Schuldzusammenhang nicht zu durchschauen vermag, kennen die Zuschauer ihn schon aus dem Mythos. Die eigentlich reinigende Kraft ist aber eine ästhetische: Es ist die schöne Sprache und

Form, die gelungenen Verse und deren Vortrag.

Drittens inszeniert Sophokles in seiner Tragödie nicht nur einen Mythos, sondern im Mythos auch die Realität seiner Gegenwart in Athen: Von 430 bis 426 wurde die Stadt, auch als Folge des peloponnesischen Kriegs, von einer Epidemie heimgesucht, der wohl etwa ein Viertel der Bevölkerung zum Opfer fielen, darunter auch Perikles, der Athens Aufstieg zur Hegemonialmacht geprägt hatte. Mit der Epidemie und dem verlorenen Krieg begann dann auch der allmähliche Abstieg Athens als politische Gestaltungsmacht, blieb aber für Jahrhunderte das intellektuelle Zentrum der antiken Welt.

Sophokles schrieb seine Tragödie genau in dieser Zeit der Seuche; sie ist gewissermaßen der ästhetische Bewältigungsversuch einer Krise, die nicht nur für die Gesundheit der Menschen, sondern für die gesellschaftliche Ordnung als Ganzes eine existenzielle Bedrohung darstellte. Auf die lange Frist ist uns diese Tragödie als Text der Krise geblieben. „Was bleibt aber, stiften die Dichter“, schrieb Hölderlin 1803. ▶

Der Name der Krise

Das Wort „Krise“ selbst ist, wie die Tragödie, griechischen Ursprungs und leitet sich vom Verb „krinein“ ab, das aus Wortfeldern von trennen, entscheiden und unterscheiden kommt; Auch das Wort „Kritik“ stammt von ihm ab. Eine Krise ist ein entscheidender Wendepunkt, er hat liminalen, also schwellenübertretenden Charakter, in ihm entscheidet sich Wohl und Weh des Ausgangs. In der Liminalität der Krise liegt aber nicht nur ihre Gefährlichkeit, sondern auch ihr Gestaltungsspielraum: „Wo aber Gefahr ist, wächst / Das Rettende auch“, heißt es in Hölderlins „Patmos“, ebenfalls von 1803.

Aristoteles verortet einen solchen Wendepunkt als entscheidende Handlung auch in der Tragödie und nennt sie „Peripetie“, die plötzliche Wendung. Die Peripetie ist gewissermaßen die Krise in der Krise, der Wendepunkt in der liminalen Phase. Im Filmgeschäft nennt man diesen Moment den Plot Point; in der Klimaforschung spricht man hingegen vom Tipping Point.

Die terminologische Nähe ist kein Zufall, sondern ein Glücksfall. Diese Grundstruktur der Dramaturgie ist nicht nur ein narratives Element, sondern passt wie ein Schlüssel in das Schloss menschlicher Wahrnehmung und Kommunikation. Für eine wirkungsvolle Nachhaltigkeitskommunikation liegen hinter dem Schloss noch reichlich ungeborgene Schätze, und nur allmählich wächst die Neigung, sie zu bergen, weil die Lust groß ist, „Zukunft als Katastrophe“ zu beschreiben (so der Titel eines brillanten Bandes von Eva Horn). Das ist dann das alte Laster der Propheten.

Das Paradox der Prävention

Der alttestamentliche Prophet Jona, bekannt durch seine Reise im Bauch eines Wals, hatte den Auftrag, der Stadt Ninive die Umkehr zu predigen. Je nach Übersetzung verkündet er: „Noch vierzig Tage und Ninive ist zerstört bzw. wird untergehen.“ (Jona 3,4) Wider Erwarten fruchtet seine Prophetie, die Bewohner kehren um, die Stadt wird nicht zerstört. Jonas Reaktion aber ist verstörend: Er hadert mit Gott, weil der ihm erstens das Spektakel, zweitens aber das Recht behalten versagt.



Das Phänomen ist auch in Nachhaltigkeitsdiskursen bestens bekannt: Das Waldsterben der Achtziger Jahre erwies sich als weniger folgenreich als befürchtet, was sich wenigstens zum Teil den eingeleiteten Gegenmaßnahmen verdankte. Der Kalte Krieg führte nicht zu einem nuklearen Overkill, und das Ozonloch schließt sich seit dem Abkommen von Montreal langsam aber stetig. Das könnte man als einen Erfolg der Aktivisten und der durch sie induzierten Gegenmaßnahmen feiern. Man kann die Jona-Prophetie wörtlich auch so übersetzen: „Noch vierzig Tage und Ninive ist umgewendet“: die Peripetie, der Plot Point. Aber einige Wortführer haben den prophetischen Zungenschlag des nahenden Untergangs gewählt, den Hans Jonas trefflich aber gutgemeint mit „Heuristik der Furcht“ benannte.

Dasselbe Phänomen wird in der Epidemiologie das Präventionsparadoxon genannt und in zwei Richtungen definiert, wie uns die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erläutert: Einerseits ist gemeint, dass einzelne Individuen von Präventionsmaßnahmen wenig profitieren, die Gesamtheit

der Bevölkerung dagegen schon. Der Fall des Ödipus und der für ihn privat äußerst unzutraglichen „Heilung“ der Stadt. Andererseits meint das Präventionsparadoxon, dass durch den Erfolg von Impfschutzkampagnen die Akzeptanz für die Impfungen sinkt, weil die Krankheiten ihre Bedrohlichkeit verlieren und bevorzugt die Nebenwirkungen diskutiert werden. Der Fall bei der deutschen Corona-Bekämpfung: Die verhinderte Katastrophe wird als falscher Alarm gedeutet, oder schlimmer einer wie auch immer gearteten Verschwörung zugeschrieben. Und damit schlägt die Stunde der Idioten.



Der Vorgeschmack der Reaktion

Zu Beginn der Corona-Krise war viel von der Stunde der Exekutive oder des Staates die Rede, also von einer politischen Prävalenz. Die klassischen Athener bezeichneten mit „politikos“ alles, was die öffentlichen Angelegenheiten angeht, und als Personen diejenigen, die sich bereit erwiesen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Das Politische war durch und durch positiv besetzt.

Das spezifische Gegenteil von „politikos“ heißt „idiotikos“ und meint das Verharren in den je privaten Belangen, die Unerfahrenheit in öffentlichen Angelegenheiten, der Widerwille gegen Verantwortung. Schon nach wenigen Wochen erleben wir in vielen Corona-Diskursen die Stunde der Idioten, die überschaubare private Beschränkungen schwerwiegender empfinden als das Gemeinwohl, oder ganz konkret das Leben von Alten und Kranken.

Das mag man, auch diesseits der absonderlichen Verschwörungserzählungen, sehen wie man will, für die Krise ►

als Brennpunkt der Zukunftsgestaltung muss man jedoch daraus lernen, dass sie nicht nur Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft freisetzt, sondern auch stets das Gegenteil: In Krisen wird nur gestaltungs-fähig, wer mit den erwartbaren irrationalen Gegenbewegungen rechnet. Die heftigen Reaktionen auf die vergleichsweise milden und zeitlich überschaubaren Kontaktbeschränkungen geben einen Vorgeschmack auf das, was eine durch Erschöpfung von Ressourcen und dem Kippen planetarer Grenzen dauerhafte Beschränkung unserer Lebensstile, unserer Routinen, unserer Produktionsweise an Widerstand erzeugen würde, wenn es einmal ernst wird.

Lissabon und das Ende der Prophetie

Ernst wurde es für Lissabon am 1. November 1755. Zunächst erschütterte ein schweres Erdbeben die Stadt, zahlreiche Gebäude stürzten ein, noch mehr gerieten in Brand, wochenlang wüteten die Feuer. Kurz nach dem Erdbeben erreichte ein gewaltiger Tsunami die

Stadt und verwüstete, was Beben und Brände noch nicht vernichtet hatten. 60.000 Menschen wurden getötet. Die vierte Katastrophe waren die zahlreichen Plünderungen: Wieder die Stunde der Idioten - Kleists Novelle „Das Erdbeben in Chili“ von 1806 zeichnet ein eindrückliches Bild davon.

Die größte Erschütterung aber erfasste Europas Geisteswelt und das grundlegend optimistische Weltbild der Aufklärer, insbesondere Leibniz und seine „beste aller Welten“. Voltaire reagierte mit seiner Satire „Candide“, in der die Ereignisse von Lissabon eine zentrale Rolle einnehmen. Goethe berichtet in seinen Erinnerungen: „Hierauf ließen es die Gottesfürchtigen nicht an Betrachtungen, die Philosophen nicht an Trostgründen, an Strafpredigten die Geistlichkeit nicht fehlen.“

Es setzte sich aber eine Betrachtung durch, die das Tragische von seinen religiösen Ursprüngen löste und die Naturgewalten ihrer prophetischen Deutungen entkleidete. Sie waren nicht mehr das Eingreifen göttlicher Mächte, nicht mehr Ausdruck mythischer Schuldverstrickung, nur noch die

gnadenlose Mechanik von Kausalität, die ohne Ansehen von Schuld und Unschuld wahllos alle der Vernichtung anheim gab. Es konnte kein Gott sein, der in Lissabon an Allerheiligen die Kirchen und Paläste hinwegfegte, die Bordelle aber unversehrt ließ.

Lissabon wurde unter dem Günstling des Königs, dem späteren Marquês de Pombal wieder aufgebaut, resilienter als zuvor, und gerade in den letzten Jahren profitiert die Stadt vom autoritären Durchregieren Pombals, der tatkräftig anordnete: „Beerdigt die Toten und ernährt die Lebenden.“ Die Stunde der Idioten beendete er mit dem (nicht nur symbolischen) Aufstellen von Galgen. Die alten Eliten, der Hochadel und die Inquisition wurden marginalisiert, die erste empirische Forschung zu Erdbeben wurde eingesetzt. Die Stunde des Gestaltens, aber mit brachialen, mit autoritären Mitteln – auch das eine Warnung.



Design or Disaster?

Die Resilienz einer Gesellschaft und ihre Anpassungsfähigkeit an bestehende und kommende Veränderungen erweist sich erst in Krisen, die massiv alle bestehenden Routinen tangieren. Was sich dann zeigt, sind nicht nur Chancen, sondern auch Widerstände, die teils gut nachzuvollziehen sind, teils aber auch Obskurantismen genannt werden müssen.

Der Weg zu einer zukunftsfähigen Resilienz unserer Gesellschaft und unseres Wirtschaftens führt zwischen Skylla und Charybdis: Auf der einen Seite die Prophetie des Untergangs, auf der anderen Seite eine sympathisch-muntere Veränderungslust, die allerdings unter einem Vorurteil des Guten Willens leidet: Sie geht davon aus, dass alle gleichermaßen veränderungsfreudig sein werden, wenn man sie nur mitnimmt: wie die Aufklärung vor Lissabon. Change by design or by disaster? Wer so fragt, meint selbstverständlich „Design“. Die Gestaltungskraft des Desasters, also der tragisch sich wendenden Krise, scheint aber höher zu liegen als die

weise Vorsorge, ohne die es jedoch gar nicht geht. Es ist in der Tat tragisch.

Was uns vor allem offen bleibt, ist der Weg Voltaires, ein heiterer Skeptizismus. Der hat einige Vorteile: Er neigt erstens nicht zum prophetischen Ton und zweitens nicht zu einer naiven Gutgläubigkeit an eine allgemeine Veränderungsbereitschaft. Und es ist drittens der

Weg des Erzählens: Im Erzählen haben wir die langwierige aber wirksame Möglichkeit, langwährende Veränderung nicht nur erstrebenswert erscheinen zu lassen, sondern erstrebenswert zu machen. Incipit transformatio – Transformation beginnt. ■

Bernd Draser ist Philosoph und lehrt an der Ecosign-Akademie in Köln.



»Die Apokalypse
wird zur neuen Normalität.«

Paul Krugman, US-amerikanischer Professor für Volkswirtschaftslehre, New York Times, Januar 2020

Von der Chance zum Change

Eine Krise definiert sich weder durch ein bestimmtes Schadensmaß, noch über ihre Plötzlichkeit oder Bedrohlichkeit. Krisen können wenige Minuten oder viele Jahre andauern, sich wie die Klima- und Biodiversitätskrisen sogar über Jahrzehnte vorankündigen. Was eine Krise ausmacht, ist die Unterbrechung, der Verlust von Normalität und Sicherheit. Weil dieser Bruch den Grund der Krise in sich trägt, ist er zynischerweise immer auch „Change“, dessen Ausgestaltung wir bestimmen können.

Von Andres Friedrichsmeier

„In der Krise“ sind alle Abläufe unterbrochen, die das Leben sonst weitgehend unsichtbar strukturieren und steuern, zuvorderst Routinen und Selbstverständlichkeiten. „Krise“ meint im Kern einen Riss der vorangehenden Normalität und der normal stattfindenden Typisierungen. Krisen durchbrechen sowohl unsere kognitiven als auch die nur auf Verhaltensebene ablaufenden Skripte und Heuristiken – letztere steuern unser Verhalten ohnehin wesentlich mehr als kognitive Erwägungen und rationale Entscheidungen.

Soziologen kennen dafür Begriffe wie „Habitus“ oder „praktische Praxis“ von Bourdieu, Sozialpsychologen nennen es eher „script based“ und „rule based behavior“. Erst diese Skripte machen uns im Alltag handlungsfähig. Und genau weil sie in einer Krise stocken und nicht zur Anwendung kommen, fühlt sich eine Krise immer ein wenig unwirklich an: Unser Zeitgefühl schwimmt, wir fühlen uns nur eingeschränkt handlungsfähig, oft eine Spur hilflos.

Zwar schafft uns das auch Raum für neue Beobachtungen – etwa berichteten

sehr viele Menschen, schon lange keinen Frühling mehr so bewusst erlebt zu haben wie in der Corona-Zeit; hier entdeckt ein Paar, dass es sich schon lange trennen wollte, dort entdecken WG-Partner, dass sie für einander eigentlich mehr sind als bloße Mitbewohner. Aber ein Mehr an Aufmerksamkeit folgt oft erst aus einem Weniger an Handeln: Im Großen und Ganzen reicht die rationale Kapazität unserer Großhirnrinde einfach nicht aus für einen ernsthaften Tagesablauf.

Die Sehnsucht nach Normalität

Deshalb liegt es wortwörtlich in unserer Natur, sich in einer Krise „Normalität“ zurückzuwünschen. Allerdings kann auch Krisenbewältigung zu neuer Normalität führen, sie wird es sogar ohne unser Zutun ganz automatisch. Aber das bestätigt umso mehr, dass die meisten von uns eine Form von Normalität brauchen, um sich handlungsfähig zu fühlen. Der dann naheliegende Gedanke, „alles soll wieder normal werden“, ein von seiner Struktur her durch und durch

konservativer Wunsch, ist insofern „natürliche“ Folge jeder länger andauernden Krise.

Ein prominentes historisches Beispiel ist die Renaissance der Hausfrau in westlichen Staaten nach den Schreckensjahren des zweiten Weltkriegs. Obwohl Millionen von Frauen in den Kriegsjahren selbstbewusst und erfolgreich die an die Front gezogenen Männer in den Betrieben und vielen anderen Positionen ersetzt hatten und das Hausfrauenmodell für breite Schichten vorher ohnehin nie Normalität gewesen war, trug die Sehnsucht nach Normalität zum teils freiwilligen, teils erzwungenen Rückzug sehr vieler Frauen an den Herd bei.

Das Beispiel zeigt, dass es die alte „Normalität“ nach einer Krise so nicht mehr gibt, man also bei genauer Betrachtung auch umso weniger zu ihr zurückkehren kann, je länger die Krise anhält und je stärker sie fortwirkt. Denn die alte Normalität existierte bloß in einem Netzwerk von Verhaltensskripten, gegenseitigen Erwartungen und ähnlichem, das sich auf Knopfdruck – also durch den



Krisenauslöser – zwar aus-, aber nicht wieder einschalten lässt.

Ist das wirklich so? Schließlich kennen wir auf individueller Ebene ja durchaus, dass man nach einem einschneidenden Erlebnis, also einer Krise, später trotzdem wieder „in den alten Trott“ verfallen kann, also zumindest oberflächlich der vorherigen Normalität nahe kommen kann.

Dies passiert umso wahrscheinlicher, je mehr der Einschnitt nur einen selbst betrifft und alle anderen weiter machen wie bisher, die alte Normalität also fortleben lassen. Deshalb ist es für kognitiv schnell überlastete Wesen wie uns Menschen das Einfachste, sich wieder in diese alten Routinen einzuklinken. Ein bekanntes Beispiel: Wer etwa vom Konsum von Alkohol, Heroin oder auch gegrilltem Nackenkotelett wegkommen will, muss sich leider zwangsläufig auch spürbar von einem sozialen Umfeld distanzieren, welches diesen Konsum ins Zentrum seines Miteinanders stellt.



© istockphoto.com /filadendron

Was normal ist, verändert sich ständig

Anders sieht es aus, wenn das Netz aus Normalität und sie tragenden Routinen für alle abgerissen ist. Dann müssen die Betroffenen die gegenseitigen Erwartungen und Typisierungen zunächst wieder über eine neu aufzunehmende Praxis stabilisieren, in der man erst einmal die anderen aufmerksamer beobachten muss, wer sich nun wie normal verhält. Die Gesellschaftsmitglieder

müssen sich neu aufeinander und auf die zwischen ihnen geltenden informellen Regeln einstellen.

Aus diesem Grund ist eine Krise gut geeignet, um den schon vorher eingesetzten Verschiebungen in einer Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Beim Beispiel der Frauenarbeit nach dem zweiten Weltkrieg war es die Tendenz zur Verbürgerlichung in der Arbeiterklasse und bei den niedrigeren Angestellten. Der kollektive Weg



in eine Re-Normalisierung nach der Krise, welche sich aus den individuellen Wünschen nach dem Wiedergewinn von individueller Planungs- und Handlungsfähigkeit speist, kann schon per se keine Rückkehr in das tatsächliche Davor der Krise sein. Allenfalls führt er zu einer hegemonialen Interpretation und somit Neuerfindung des Vorherigen. Und in einer solchen Erfindung des zürückersehnten Neuen bekommen dann fast automatisch wiederum diese Tendenzen und Trends mehr Gewicht, die schon vorher deutlich zu spüren waren.

Die so krisentypische Sehnsucht nach Rückkehr von Normalität richtet sich also nie auf ein fotografisches, realitätsgenaueres Abbild der vorherigen Normalität, sondern betont solche Elemente, die schon vorher einer Aufwertung unterlagen. Jedoch ist keinesfalls ausgemacht, welche Elemente verändert werden. Das kann auch gar nicht anders sein, weil sich eine Normalität immer zu hohem Anteil auf weder vollständig mit sprachlichen Mitteln reflektierbare noch in ihrer komplexen Dynamik protokollierbare Elemente wie Verhaltensskripte, Heuristiken, aber auch Weltbilder,

wechselseitige Interpretationsschema und vieles mehr stützt.

Wiederherstellungsversuche nach einer Krise können sich auf einzelne dieser Elemente der vorangehenden Normalität oder auch auf ausgewählte ihrer Strukturprinzipien (etwa „Kapitalismus“) konzentrieren, aber sie fokussieren automatisch viel enger auf einen Ausschnitt der bisherigen Normalität. Schließlich ist Normalität, gerade in modernen Gesellschaften, stets etwas Dynamisches, im stetigen Wandel Begriffenes – nur vorgestellt ist sie statisch.

Beispielhaft Trends, deren weitere Verstärkung denkbar wäre

Digitalisierung, Medialisierung

Vom Massenkonsum zur Singularisierung

Von der klassischen Arbeitsgesellschaft hin zur Tätigkeitsgesellschaft

Trend zum Postmateriellen

Kleinfamilie, Eigenheim, Privatsphäre und SUV als weltweite kulturelle Ideale

Orientierung auf Sicherheit

Der Krise folgt der Change

Eine Krise trägt demnach nicht bloß ein naturgemäß konservatives Moment in sich, sondern auch ein ähnlich in ihrer Krisennatur angelegtes Moment für den Durchbruch schon vorher angelegter Tendenzen, mindestens also für einen Kurswechsel, letztlich aber auch für einen „System Change“.

Die hier gemeinten Krisen gesellschaftlichen Ausmaßes sind immer gleichzeitig ein Diskursereignis. Sie eignen sich, um die Zeit in ein „davor“ und „danach“ einzuteilen, sie legitimieren die Gesellschaft die Frage nach den Konsequenzen aus der Krise überhaupt erst zu stellen. Und die Durchbrechung der vorherigen Normalität macht kollektiv spürbar, dass Gesellschaft auch ganz anders sein kann. Schließlich sind vorher absolut unerschütterlich erscheinende Gewissheiten durch die Krise ausgesetzt: Die Typisierungen sind unterbrochen, Selbstverständlichkeiten zerronnen, das Feste ist zumindest ins Wanken geraten – wie etwa bei Autobranche und Fußballbundesliga.



Aber die Krise selbst trägt nur die Wahrscheinlichkeit von Richtungswechseln und Umbrüchen in sich, nicht deren Richtung. Eine Gesellschaft kann aus einer Krise mutige Konsequenzen ziehen – als Beispiel gilt oft die Türkei nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs – oder sich sogar noch unbedingter und fanatischer an das klammern und das restituieren, was sie einst in die Krise geführt hat – wie die Außenpolitik der USA nach dem 11. September 2001. Ähnlich wahrscheinlich ist eine Mischung und Koexistenz von beidem – wie in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg. Möglich ist, neben radikalem Neuaufbruch, auch radikaler Rückzug – ein Beispiel ist die Bildung jüdisch-orthodoxer Communities nach dem Holocaust und nach zeitlich davor liegenden Pogromerfahrungen.

Welchen Ausgang die Corona-Krise nehmen wird, hängt von uns ab und ist noch offen. Wir beobachten aber bereits, wie in der Krise Fragen, die theoretisch schon immer politisch entscheidbare waren, aber früher immer so behandelt wurden, als seien sie es nicht, nun auf die politische Ebene rücken:



© istockphoto.com / Nina Russkova

etwa die Frage, ob die deutschen Automobilkonzerne 2020 in erster Linie nur noch Elektroautos herstellen sollen und ob es überhaupt gesellschaftlich wünschenswert ist, dass weiter Autos mit Verbrennungsmotor gebaut werden.

Obwohl eine Krise deutlich vor Augen führt, dass eine zuvor vermeintlich unverrückbare Gesellschaft eben doch ganz anders gestaltet werden könnte, verdeckt sie eher die Tatsache, dass die bloß vermeintliche „Rückkehr“ in die Normalität notwendig ein neuer

Aushandlungsprozess ist, bei dem sich soziale Gewichte, Werte und Wertigkeiten selbst dann verschieben, wenn man weitgehend alles so wiederherstellen will, wie es vorher war.

Folgt man dieser Interpretation, haben die an Emanzipation und Erhalt der Zivilisation interessierten Kräfte gar keine andere Wahl, als sich in diese Neuaushandlung, in welche Normalität es nach der Krise gehen soll, einzubringen – andernfalls gibt es keine Rückkehr in die vorherige Normalität, sondern

nur in eine düstere Variation von dieser. Gleichwohl muss jeder Vorschlag für eine bessere Normalität mit dem gegenläufigen Impuls sehr Vieler rechnen, „nun lasst uns doch erst einmal wieder Normalität herstellen, in der wir uns handlungsfähiger fühlen als in der Krise; sehen wir erst danach weiter, statt jetzt das Chaos zu verstärken“.

Nur gemeinsamer Diskurs führt zu neuer Sicherheit

Bei ihrem sich-Einbringen in die Neuaushandlung müssen diese an Emanzipation und Fortbestand der Zivilisation Interessierten deshalb besonderes Augenmerk auf die kollektive Interpretation des Krisenereignisses legen, denn sie strukturiert den Aushandlungsprozess über die künftig Normalität grundlegend mit.

Was nämlich die Krise mitverursacht hat, will auch derjenige nicht wiederherstellen, dessen erster Impuls das oben angeführte „lasst uns erstmal zu Normalität zurückkehren“ war. Die gesellschaftliche Aushandlung darüber, in welche Normalität man nach der Kri-

se zurück will, beginnt demnach mit der Interpretation der Krise selbst, ihrer Ursachen und was ihre Folgen verschlimmerte. Einige Beispiele dafür enthält die Tabelle am Ende dieses Beitrags.

Fassen wir also zusammen: Eine größere Krise bringt immer automatisch gesellschaftliche Richtungswechsel, die größer ausfallen als in anderen Jahren. Sich in die unvermeidlich stattfindende Neuaushandlung über Normalität einzubringen, ist dann alternativlos. Weil dieses Engagement gern als „Ausnutzen“ oder „Instrumentalisieren“ der Kri-

se empfunden wird, muss es gerade an der Interpretation des Krisenereignisses ansetzen.

Besondere Chancen bietet eine Krise zur Korrektur von solchen Verhaltensweisen, die nie bewusst entschieden wurden. Diese sind deshalb auch weniger gut durch explizite politische Entscheidungen korrigierbar, sondern nur durch eine Richtungsänderung gesellschaftlicher Normalität – die breiter verstanden werden muss, als es z. B. die marxistischen Konzepte wie „Kapitalis-



mus“, „Charaktermaske“ und „Formbestimmung“ ausdrücken.

Schließlich hat niemand von uns je bewusst entschieden, durch sein Urlaubs-, Mobilitäts- oder sonstiges Konsumverhalten den Planeten für Milliarden heutiger und zukünftiger Generationen unbewohnbar zu machen und den Rest der Menschen mit einiger Wahrscheinlichkeit in fatale künftige Verteilungskriege zu stürzen. Die Klimakrise ist für das, was wir heute unter Zivilisation verstehen, um Größenordnungen gefährlicher als die Coronakrise.

Letztere zwar als Krise, gleichzeitig aber auch als eine Art „Chance“ sehen zu müssen, ist unglaublich traurig, ja sogar ein Stück weit zynisch, aber dies ist die Traurigkeit und der Zynismus einer der Krise vorangegangenen Normalität. Es ist nicht der Zynismus jener, denen auffällt, dass Krise immer auch „Change“ sein wird; hingegen zu ignorieren, dass Krise automatisch auch Change bedeutet, wäre die zynischere Option. ■

Dr. Andres Friedrichsmeier ist Organisationssoziologe und arbeitet für das Thüringer Bildungsministerium. Im factory-Magazin „Freiheit“ (1-2020) schrieb er über das Grundeinkommen als Perspektive.



Beispielhaft: Was führte (tiefer) in die Krise und verschlimmerte deren Auswirkungen

Auf Kante genähtes, just-in-time, hyperspezialisiertes global parzelliertes Wirtschaften mit Abhängigkeit von riesigen Transportströmen beschleunigt die Krisenausbreitung und vertieft die Krisenfolgen

Ein Wachstumsmodell, das dichte Besiedlung und Massenmobilität bis in die letzten Archipel der Wildtierbestände hineinträgt und die Ausbeutung immer weiterer Gebiete bewirkt, führt dazu, dass die Zahl neuartiger Viren, die auf den Menschen überspringen, seit einigen Jahrzehnten exponentiell steigt

Massentierhaltung ist mit einem hohen Seuchenrisiko verbunden

Das Zögern und zeitliche Aufschieben von Gegenmaßnahmen gegen eine bekannte Bedrohung bewirkt erheblich höhere Folgekosten im Vergleich zu einem frühzeitigen und konsequenten Eingreifen

Individuelle Vorteilsorientierung der Einzelnen statt gemeinsamer Verantwortlichkeit behindert effektiven Gesundheitsschutz

Arbeitsmarktbeurteilung von Berufen, z.B. von Pflegekräften, und deren gesellschaftliche Nützlichkeit gehen stark auseinander

Hohe Ungleichheit in der Verfügung über Wohnraumgrößen, eigenen Garten oder digitale Arbeitsmöglichkeiten bei Schulkindern stehen einheitlich auf alle gleich angewendeten Infektionsschutzmaßnahmen entgegen

Schadensregulierungsansprüche und Nothilfeprogramme lassen sich nicht gleichzeitig gerecht, bürokratiearm und missbrauchsarm umsetzen bzw. beantworten

Privatisierung und Rückbau öffentlicher Infrastruktur wirken sich negativ aus

Nationale Alleingänge und Egoismen bei einem nicht an Landesgrenzen haltmachenden Virus schaden Infektionsschutz und Impfstoffentwicklung

Alternative Modelle aus emanzipatorischer Perspektive

Resilienz, Regionalisierung, öffentliche Vorsorge

Degrowth, steady economy, Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln

Vegetarismus, Veganismus, Slow Food

Sofortiger Klimaschutz, ambitioniertere und verbindliche Klimaziele

Commons, postmaterielle Orientierung

Preisregulierung, Eingriff in Tarifautonomie, progressive Einkommenssteuern

Öffentliche Verwaltung von Wohnraum

Universal basic income

Civilisation de la gratuité, Ausweitung öffentlicher Infrastruktur

Weltregierung. Öffentlich finanzierte internationale Forschung

»Wir brauchen systemische Veränderungen, die den CO₂-Fußabdruck aller verringern, egal ob sie sich darum kümmern oder nicht.«

Michael E. Mann, Professor für Atmosphärenwissenschaft und Direktor des Earth System Science Center an der Penn State University, Autor des Buches „The Madhouse Effect“, hier zitiert aus einem Beitrag „Lifestyle Changes Aren't Enough to Save the Planet. Here's What Could“, TIME-Magazin, 12.9.2020

Instrumente für den Change in Unternehmen

Ressourceneffizienz ist der beste Klimaschutz: Je weniger Rohstoffe für Energie- und Materialproduktion benötigt werden, desto weniger belasten diese Klima, Umwelt und Gesundheit. Dieses Motto gilt auch für das Changemanagement in Unternehmen. Wer Produktion, Produkte und Dienstleistungen ressourceneffizienter und damit klimafreundlicher machen will, kann inzwischen aus einer ganzen Reihe von Werkzeugen wählen, wie sie z. B. die Effizienz-Agentur NRW anbietet.

Von Ralf Bindel

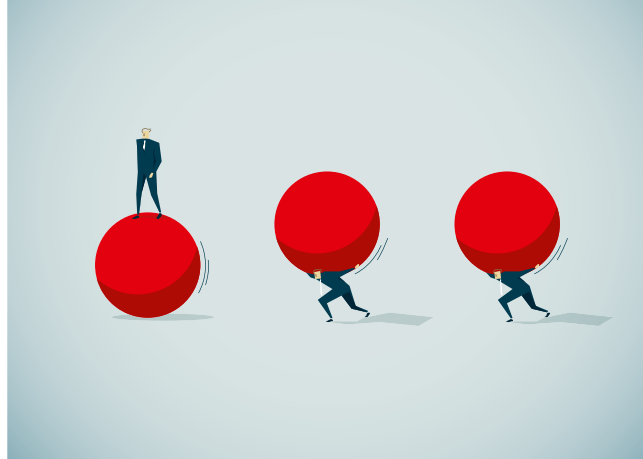


© istockphoto.com / DrAfter123

Wie es aussieht, wird Deutschland sein Klimaziel für 2020 nun doch erreichen: 40 Prozent weniger CO₂-Emissionen gegenüber 1990. Grund: der Corona-Lockdown der Wirtschaft. Für knapp zwei Monate wurde nur noch die „systemrelevante“ Wirtschaft aufrechterhalten, um die exponentielle Ausbreitung der Pandemie zu verhindern. Ein so erreichtes Ziel ist dennoch kein Grund zum Feiern. Viele Wirtschaftsbereiche brauchen ein, die Kurzarbeit in vielen Maschinenbaubetrieben wird verlängert, viele Menschen haben Existenzsorgen.

Dennoch bestätigt dieser Krisenmoment einen zentralen Lösungsansatz, wie sich der Klimawandel erfolgreich und konsequent begrenzen ließe: Verbrauchen wir weniger Ressourcen, belasten wir Atmosphäre und Umwelt mit geringeren Folgen. Hohe Ressourceneffizienz und Rohstoffproduktivität zählen also zu den wirksamsten Klimaschutzfaktoren. Produzieren Unternehmen effizienter und systemrelevanter, lässt sich ihr Treibhausgasausstoß deutlich reduzieren.

Dass dieser Ansatz auch ohne coronabedingten Einbruch der richtige ist,



© istockphoto.com /erhu1979

aber breiter werden muss, zeigt auch der im August 2020 erschienene Klimaschutzbericht der Bundesregierung für 2019. In diesem Jahr hat Deutschland rund 35,7 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen als 1990, die Minderung lag 2017 noch bei nur 27,5 Prozent. Treiber dieser Entwicklung war ein gestiegener CO₂-Preis, der fossile Energien wie Kohle verteuerte. Die Energiewirtschaft stellt zunehmend auf ressourcenschonende, regenerative Energieerzeugung um. Den zweitgrößten Minderungsbeitrag leistete die Industrie: Bis Ende 2020 könnte sie die CO₂-Äquivalente um 39 Prozent gegenüber 1990 reduziert haben. Sorgenkind ist dagegen der Verkehr, dessen Emissionen sogar noch steigen, statt zu sinken: 2019 um weitere zwei Prozent mehr CO₂ gegenüber 1990.

Ressourceneffizienz ist Zukunftssicherung

Um das bundesdeutsche Klimaschutzziel von 55 Prozent bis 2030 zu erreichen und Wirtschaft und Gesellschaft krisenfester zu machen, müssen die Emissionen in kurzer Zeit stark fallen. Das geht nur durch Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energiequellen, wofür wiederum neue und seltene Rohstoffe erforderlich sind.

Damit gerät der Rohstoffverbrauch zunehmend in den Blickpunkt der öffentlichen Debatte. War die Diskussion in der Vergangenheit häufig von der Sorge um die Versorgungssicherheit geprägt, sind inzwischen weitere Nachhaltigkeitsaspekte ebenso bedeutend – wie ökologische und soziale Folgen. Weil die Gewinnung von Rohstoffen wie Kohle, Erz und Naturstein immer mit einem Eingriff in die Natur verbunden ist, gefährdet sie Ökosysteme, Gewässer und Klima. Hinzu kommen Preis- und Lieferrisiken bei so genannten strategischen Rohstoffen wie Energierohstoffen und wichtigen Metallen.



Immer deutlicher wird auch, wie stark der weltweite Ressourcenbedarf die Bemühungen um den Klimaschutz beeinflusst. So gehen nach Schätzungen des International Resource Panels der Vereinten Nationen (UNEP IRP) ungefähr fünfzig Prozent der globalen Treibhausgasemissionen auf die Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Brennstoffen, Biomasse, Erzen und Mineralen zurück. Ein Einhalten des im Pariser Klimaschutzabkommen festgeschriebenen Ziels, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und spätestens bis zur zweiten Hälfte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität zu erreichen, ist also ohne Rohstoffeffizienzmaßnahmen gar nicht möglich. Vor allem, weil für Klimaschutzmaßnahmen auch zusätzliche Rohstoffe eingesetzt werden müssen, um Energie-, Wärme- und Verkehrswende umzusetzen, ebenso wie für die sie unterstützende Digitalisierung und ihre möglichen Rebound-Effekte.

So läuft unter dem Stichwort Industrie 4.0 eine vierte industrielle Revolution, die zu erheblichen Steigerungen der Energie- und Ressourceneffizienz



führen kann – gleichzeitig führt die Digitalisierung aber auch zur Zunahme von Datenverarbeitung, -speicherung und -transport sowie zu wachsenden Infrastrukturen und damit erhöhten Ressourcen- und Energieverbräuchen.

Unternehmen als Schlüsseakteure

„Für Unternehmen gibt es zahlreiche Möglichkeiten, ihre Ressourceneffizienz sowohl auf der Produkt- als auch auf der Prozessebene zu steigern“, heißt es im ProgRes-III-Programm der Bundesregierung. Das soll bis 2023 in dritter Auflage für eine weitere Steigerung der Rohstoffproduktivität sorgen – um Naturverbrauch und Wohlstandswachstum

zu entkoppeln. Gerade die Digitalisierung dürfe jedoch nicht getrennt von der Ressourceneffizienz betrachtet werden.

Für den Ressourcenschutz in Wertschöpfungsketten und Stoffkreisläufen setzt ProgRes III neben einer verantwortungsvollen Rohstoffversorgung vor allem auf eine ressourcenschonende Produktgestaltung, eine ressourceneffiziente Produktion und auf Kreislaufwirtschaft als Instrumente zur Verbesserung – neben weiteren Maßnahmen für Konsum, Alltag bis hin zur internationalen Ebene.

In der Effizienz-Agentur NRW (EFA) gehören diese Instrumente seit vielen Jahren zum Standardprogramm. Bekannt geworden ist die Agentur vor über zwanzig Jahren mit der Beratung zum PIUS-Check zum produktionsintegrierten Umweltschutz und der Finanzierungsberatung, hinzu kamen Instandhaltungs-Check und die Ressourcenkostenrechnung RKR. Seit einigen Jahren liegt der Schwerpunkt auf der Ressourceneffizienz 4.0 mit den Möglichkeiten durch Digitalisierung und Circular Economy sowie auf Tools ►

zur ressourceneffizienten Produktentwicklung („ecodesign“) und zur umfassenden CO₂-Bilanzierung „ecocockpit“. Verbreitung finden die Ressourceneffizienzthemen über zahlreiche Veranstaltungen und Schulungen.

Die Beraterinnen und Berater der Agentur haben auch während der Krise die Erfahrung gemacht, dass das Thema Ressourceneffizienz in den Unternehmen angekommen ist – und es trotz angespannter Situation zur Fortentwicklung genutzt wird. „Auch wenn in einigen Betrieben laufende Ressourceneffizienz-Projekte zunächst zurückgestellt sind“, berichtet der Leiter der EFA, Dr. Peter Jahns, „nutzen viele Unternehmen die Zeit, um sich mit dem Thema CO₂-Reduzierung auseinander zu setzen“. So registrierten sich ungewöhnlich viele Unternehmen für das CO₂-Bilanzierungstool ecocockpit. Auch die Webinar-Angebote kommen gut an. Großes Thema seien natürlich Finanzierung und aktuelle Förderangebote. „Hier sind unsere Finanzierungsprofis täglich gefragt. Wir versuchen, die Probleme zu lösen oder vermitteln unsere Kunden an weitere Stellen.“



© istockphoto.com / TarikVision

Ressourceneffizienz 4.0 und CO₂-Bilanzierung

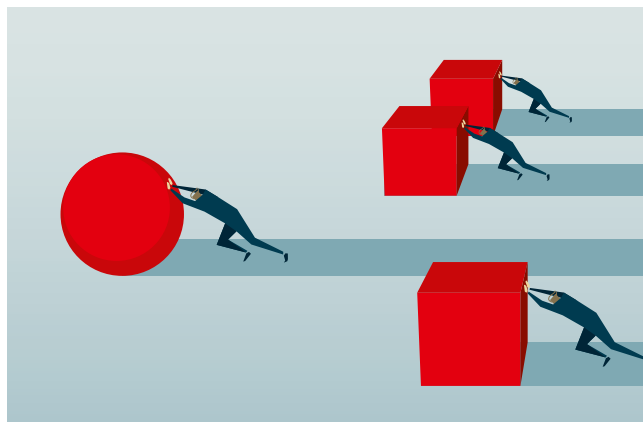
Videokonferenzen hätten sich als zentrales Mittel für die Kommunikation in der Krise etabliert, meint Andreas Kunsleben, Leiter des Geschäftsfelds Beratung der EFA, wenn klassische Vor-Ort-Besuche und Betriebsrundgänge nur eingeschränkt stattfinden könnten. Verstärkt würden Zukunftsthemen an die Beratung herangetragen. „Die Frage nach dem ‚Wie kann es weitergehen?‘, also nach Nachhaltigkeit und Resilienz hängt natürlich stark mit unseren Kernthemen Ressourceneffizienz 4.0, Ecodesign und der Schließung von

Stoffkreisläufen zusammen, der Circular Economy“, so Kunsleben. In den Unternehmen ließe sich eine teils dramatische Beschleunigung der Digitalisierung im Sinne wirklicher Transformationsprozesse beobachten, die auch Bestand haben werden. „Hier bietet unser Ressourceneffizienz 4.0-Angebot die Möglichkeit, Transparenz herzustellen, neue Lösungen zu entwickeln und Flexibilität zu gewinnen. Durch ecodesign können neue Produkte, Leistungen und Geschäftsmodelle – natürlich unter Einbeziehung des digitalen Wandels – entwickelt werden, die Zukunftsfragen konkret beantworten.“ Das Interesse an Zukunftskonzepten sei ein Trend, der auch nach der Krise anhalten werde, ist Kunsleben überzeugt. „Die Unternehmer werden ihre Lehren ziehen und handeln.“

Das CO₂-Bilanzierungswerkzeug ecocockpit der EFA ist seit kurzem in einer neuen, verbesserten Version online. Das webbasierte Online-Tool der Effizienz-Agentur NRW gibt es seit 2015, es ermöglicht Unternehmen und Organisationen in wenigen Schritten eine kostenfreie erste CO₂-Bilanz, die ent-

sprechend vertieft werden kann. Inzwischen nutzen über 1.500 Betriebe das Instrument regelmäßig – und haben mit dem Update weitere und genauere Analysemöglichkeiten. „Gerade in der durch Covid-19 verursachten Wirtschaftskrise haben Online-Tools wie ecocockpit einen unschlagbaren Vorteil“, sagt Andreas Bauer-Niermann, Projektleiter der EFA. „Man kann sie kontaktlos aus dem Büro oder Homeoffice heraus nutzen, erhält Ergebnisse und kann mit diesen weiterarbeiten.“ Die Nachfrage sei weiter gestiegen, ohne größere Werbung. Allerdings sei für den Erfolg des Tools auch der angeschlossene Support für die Nutzer wichtig. „Ein gutes Tool allein bringt noch keine bessere CO₂-Bilanz und keine zufriedenen Nutzer.“

Im Vergleich der kostenlos verfügbaren CO₂-Bilanzierungstools sticht das EFA-Angebot heraus: Zwar haben sich viele auf einzelne Bereiche spezialisiert und liefern dort gute Ergebnisse, doch mit ecocockpit lässt sich der Bilanzrahmen flexibel wählen. Nutzer können für die Treibhausgasbilanz alle drei Verursacherbereiche, die so genannten Scopes, erfassen: Also nicht nur die di-



rekten und indirekten Emissionen des eigenen Betriebs wie durch Wärme und Strom, sondern auch die Emissionen der Zulieferer für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. In der Regel bilden gerade diese den größten Anteil an den Emissionen. Auf diese Weise kann nicht nur eine Bilanz für den Standort, sondern auch für die Produkte entstehen. Beide sind interessant für interne Verbesserungen oder für Kunden und Lieferanten, um ihrerseits zu reagieren. „Eine CO₂-Bilanz ist wie eine Reise. Durch sie kommt es häufig zu Aha-Erlebnissen ‚Soviel emittieren wir also.‘ und der Frage ‚Muss das so bleiben?‘“, erklärt Bauer-Niermann. Genau diese Fragen führten zu nachhaltigen und weitreichenden Veränderungen. „Das reicht

von der Prozessoptimierung, z. B. mit Hilfe der Ressourceneffizienzberatung bis hin zur Evolution oder gar Revolution der eigenen Produkte, wie z. B. durch ecodesign.“

Ressourceneffiziente Produkte entwickeln

Langlebigkeit, Reparierbarkeit, Ersatzteilservice, Recycling sind Kriterien, die für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft unabdingbar sind. Auch die politischen Rahmenbedingungen ändern sich zunehmend in diese Richtung. So die Ökodesign-Richtlinie der EU, die schon zum „Aus“ von Glühbirne, Halogenlampe und verbrauchsintensiver Staubsauger geführt hat. Die Bundesregierung will in Zukunft weitere Produktgruppen hinzunehmen – dauerhaftes, reparatur- und kreislauffähiges Design könnte langfristig zur Norm werden, schließlich bestimmt es zu 80 Prozent die Wirkung des Produkts auf Kosten und Umwelt.

Mit Ecodesign-Strategien im Produktentwicklungsprozess können Unternehmen umweltschonendere Materi- ►

alien einführen, den Ressourceneinsatz in der Produktion und in der Nutzungsphase verringern sowie die Wiederverwendungs- bzw. Recyclingfähigkeiten verbessern. Dabei geht es oft nicht nur um die Verbesserung bestehender Produkte, sondern häufig auch um einen grundlegenden Paradigmenwechsel wie z. B. hin zu einem modularen Aufbau oder Produkt-Service-Systemen.

Lisa Venhues, Ecodesign-Expertin bei der EFA, erklärt, dass viele Unternehmen in der Krise die Erfahrung gemacht hätten, bestimmte Rohstoffe oder Zulieferteile nicht oder nicht rechtzeitig zu erhalten. Dadurch seien sie auch empfänglicher für Change-Prozesse in Richtung ressourceneffizienter Produkte geworden. „Unternehmen fragen sich zum Beispiel, wie sie global bezogene Rohstoffe durch regionale ersetzen oder selbst produzieren können. Oder wie sie ihr Geschäftsmodell anpassen und ihre Expertise für neue Produkte und Dienstleistungen nutzen können“, sagt Venhues.

Auch beim Ecodesign für die Circular Economy (CE) gehe es voran, jedoch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit.



© istockphoto.com /erhu1979

„Es sind bisher allerdings eher die Unternehmen mit direktem Bezug zum Konsumenten, die sich mit dem Thema Ecodesign und CE beschäftigen“, berichtet Venhues. „Neue Geschäftsmodelle wie ‚Pay per Lux‘ von Philipps oder auch ‚IKEA wird circular 2030‘ zeigen, dass hier etwas passiert.“ Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus der Zulieferindustrie, zum Teil ohne eigene Produktverantwortung, gestalte es sich entsprechend schwieriger, sich mit eigener Kraft dem Thema CE zu widmen. „Hier ist es wichtig, entlang der Wertschöpfungskette zu schauen, welchen Einfluss die jeweiligen Produkte durch Product-Service-Systeme wie zum Beispiel Reparaturangebote, Refurbishing, Remanufacturing, Rücknahme und Wei-

terverkauf haben können. Dazu braucht es eine gute Moderation zwischen den einzelnen Akteuren und Stakeholdern entlang der Wertschöpfungskette, vom Zulieferer bis hin zum Konsumenten und dem Entsorger.“

Die Chance zur klimaschonenderen Wirtschaft

In Zeiten von Home Office und Videokonferenzen scheinen die digitalen und in der Krise erstmals ernsthaft genutzten Arbeitsformate auch positive Auswirkungen auf das Innovations- und Ideenmanagement zu haben.

Online-Formate wie Webinare werden jedenfalls auch zukünftig eine feste Säule des Veranstaltungsangebots der EFA sein, teilt Ingo Menssen mit, Leiter des Geschäftsfelds Veranstaltungen der EFA. „Themen wie ecodesign, CO₂-Bilanzierung mit ecocockpit oder Finanzierungsberatung zur Ressourceneffizienz waren so stark nachgefragt, dass wir diese Webinare wiederholt anbieten mussten und werden, viele davon sogar mehrfach“, so Menssen. Diskussionsintensivere und länger dauernde Formate ►

»Die wichtigste Veränderung, die die Coronavirus-Pandemie im politischen Diskurs bewirkt hat, ist die Zerstörung einer Verkürzung der Theorie, dass Märkte sich ungestört von Eingriffen entfalten sollen, um schnell und effizient Antworten auf jedwede große Herausforderung zu finden.«

Maja Göpel, Politökonomin, freitag.de, Mai 2020

Der Dodo (*Raphus cucullatus*, „kapuzentragender Nachtvogel“) war ein etwa ein Meter großer, flugunfähiger Vogel, der ausschließlich auf der Insel Mauritius im Indischen Ozean vorkam. Ausgestorben wahrscheinlich 1690 (Pflaster- und WachsmodeLL, Museum National d'Histoire Naturelle in Paris, CCO 1.0)



Diese Krise ist die beste letzte Chance

Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaft in allen Teilen der Welt einbrechen lassen und großen Schaden angerichtet. In den meisten Staaten, so auch in Deutschland, wurden und werden Konjunkturprogramme aufgelegt, um die Wirtschaft zu stimulieren. Wie schon in vorherigen Wirtschaftskrisen sind die staatlichen Hilfen mit ökologischen Bedingungen verknüpft. Für einen dringend nötigen Wandel müssten sie jedoch stärker sein. Dabei könnten nationale, europäische und internationale Politik die Krise nutzen, um wirkliche Transformation zu erreichen. Ein Standpunkt von Manfred Fishedick

Möglicherweise wird sie einmal als großer Beschleuniger der nachhaltigen Entwicklung in Erinnerung sein. Die Coronakrise und die sie begleitende Wirtschaftskrise sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorbei und produzieren weiterhin viel Leid, in vielen Ländern sogar große gesellschaftliche Verwerfungen, und wie häufig trifft es den ärmeren und ungeschützten Teil der Weltbevölkerung besonders hart. Eine neue Normalität ist noch nicht sichtbar – in jedem Fall wird sie aber eine andere als die bisherige sein. Bisher ist klar, dass die Krisenpakete diesmal doch etwas anders ausfallen – wenn auch noch nicht so, wie man es sich für einen wirklich nachhaltigen Change wünschen würde. Leider konnte man dabei nur bedingt auf Erfahrungen der Vergangenheit zurückgreifen. Immerhin waren schon in der Finanzkrise 2008/2009 ökologische Pakete geschnürt worden – ob und wie sie wirkten, wurde aber nie offen und systematisch ausgewertet.

Offenbar hat sich aber bei den meisten führenden Vertreter*innen in Wirtschaft und Politik die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich die ökologi-

schen Rahmenbedingungen doch recht schnell verschärfen – und sich das Zeitfenster für wirksame Maßnahmen verengt. Und schließlich ist die Bedeutung und Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Coronakrise gewachsen. Zudem sind die Auswirkungen eines einfachen oder wiederholenden „Weiter-so“ angesichts auftauender Permafrostböden, schmelzender Polkappen und Gletscher, rasantem Arten-, Wald- und Bodenverlust, Dürreperioden und Extremwettern inzwischen für jeden sichtbar. Der Druck zu konsequenter Transformationspolitik steigt – durch Veränderung der klimatischen Rahmenbedingungen, aber auch durch soziale Ungleichheit, Migration und nicht zuletzt durch eine auf den notwendigen Change deutlich hinweisende Gesellschaft.

Der Klimaalarm schrillt unüberhörbar: Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre erreicht neue Rekordwerte, die letzten 12 Monate von Juli 2019 bis Juni 2020 waren im Mittel fast 1,3 Grad Celsius wärmer als in vorindustriellen Zeiten. Sieben von neun bekannten planetaren Grenzen, deren Überschreitung

die Stabilität des Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet, sind bereits überschritten. Angesichts dieser sich beschleunigenden Bedrohungen muss es nur allzu selbstverständlich sein, die jetzt notwendige staatliche Förderung von Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung an ökologisch-soziale Bedingungen zu knüpfen. Aus wissenschaftlicher Sicht ist klar: Die nächsten zehn Jahre sind entscheidend. Verpassen wir jetzt den Einstieg in die notwendigen strukturellen Veränderungen, gibt es keine Möglichkeit mehr, die in Paris beschlossenen Klimaschutzziele zu erreichen und die Erhöhung der Weltmitteltemperatur auf deutlich unterhalb 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Deutschland ist weltweit Vorbild, muss aber nachregulieren

In Deutschland soll ein 130 Milliarden Euro starkes „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ im Verbund mit einem „Zukunftspaket“ die Pandemiebelastete Wirtschaft stützen. 60 Maß-



nahmen, von steuerlichen Vergünstigungen bis zu konkreten Investitionen in Zukunftstechnologien, sind bis 2021 festgelegt worden. Im Wuppertal Institut haben wir die einzelnen Programme auf ihre Klimaschutzwirkung untersucht. Unser Fazit: Zwar enthält das Zukunftspaket wichtige Maßnahmen in den Bereichen Wasserstoff, Elektromobilität und Gebäudesanierung. Doch das erhoffte und nötige Aufbruchssignal ist noch zu leise und undeutlich. Elementare Bereiche, wie Investitionen in die Kreislaufwirtschaft und Maßnahmen zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sind nur unzureichend berücksichtigt. Der Aufbau einer konsequenten Circular Economy wäre der Klima- und Ressourcenschutzmotor schlechthin. Gerade hier könnten sich konjunkturbelebende Effekte und Klimaschutz ergänzen und zudem ein spürbarer Beitrag zur Verringerung der Verletzlichkeit der globalen Wertschöpfungsketten geleistet werden.

Wie hierzulande ein wirksamer Change erreicht werden könnte, dazu machen wir in unserer Bewertung „Konjunkturprogramm unter der Klimaschutzlupe“ weitere konkrete Vorschläge. Die Anpassungen und zusätzlichen Maßnahmen sind sowohl notwendig als auch sinnvoll, da sie Wirtschaft und Klima gleichermaßen helfen. Dazu zählen große wie kleine Maßnahmen: beispielsweise eine Mobilitätsprämie für alle Bürgerinnen und Bürger, ein Zuschuss für die Planung und Installation von Lüftungsanlagen für Privathaushalte und kommunale Nichtwohngebäude, die Förderung hocheffizienter Maschinen und Industrieanlagen, verbessertes Kunststoffre-



Galapagos-Riesenschildkröte (Chelonoidis porteri). Von den 15 auf den verschiedenen Galapagosinseln endemisch vorkommenden Arten gelten drei oder vier als ausgestorben (Foto: gemeinfrei).



Der Kawekawau-Gecko (Hoplodactylus delcourti) gilt als die größte Geckoart, die jemals entdeckt worden ist. 1986 wurde das erste und einzige Exemplar beschrieben (CC BY-SA 4.0).



cycling oder die steuerliche Förderung regionaler Lebensmittelversorgung. Und in unseren Städten braucht es endlich ein konsequentes Umsteuern auf rad- und fußgängergerechte Infrastrukturen. Wann, wenn nicht jetzt sollte die Politik den Mut dazu aufbringen, alte Pfadabhängigkeiten aufzubrechen. Nur so lassen sich die im Rahmen der Covid19-Pandemie zu beobachteten Verhaltensänderungen in der Mobilität unterstützen und verstetigen.

Die Hoffnung bleibt, dass die Regierung die nächsten Wochen und Monate nutzt, Nachbesserungen und Ergänzungen umzusetzen, um eine tatsächliche große Transformation einzuleiten – und nicht nur kurzzeitige konjunkturbelebende Effekte auszulösen, sondern langfristige Krisenprävention zu betreiben. Denn schon das im Herbst 2019 verabschiedete Klimapaket mit seinem Programm bis 2030 wird den Herausforderungen nicht gerecht und verfehlt absehbar die eigenen Zielsetzungen der Bundesregierung: Der angesetzte CO₂-Preis ist viel zu niedrig, und trotz zahlreicher Maßnahmen ist das Paket zu kleinteilig und in seiner Wir-

kung begrenzt, um mutig nach vorne zu gehen. Ein Lichtblick ist allerdings, dass die grundsätzlichen Mechanismen zur Nachsteuerung im Klimaschutzgesetz selber fixiert sind. Die für jeden Sektor festgelegten klaren jährlichen Minderungsvorgaben erlangen dabei besondere Bedeutung. Damit wird das über Jahre etablierte Weitergeben des Schwarzen Peters zwischen den Sektoren und verantwortender Politik unmöglich.

Vom Vorsichtigen zum Vorreiter

Hinzu kommt: Ambitionierte Transformationspolitik und -instrumente in Deutschland sind nicht nur für das Erreichen nationaler Klimaziele wichtig, sondern auch als Signal an die Welt. Diese schaut nach wie vor auf das größte und bevölkerungsreichste Industrieland in Mitteleuropa mit seinem Wohlfahrtsstaat und seinen weltweiten Geschäftsbeziehungen. Erfolgreiche Transformationsprozesse aus Deutschland können eine erhebliche globale Multiplikationswirkung auslösen, wie wir es beim Erneuerbare Energien Ge-

setz gesehen haben. Daher ist es auch so wichtig, dass Deutschland zeigt, wie diese Prozesse wirksam gestaltet werden können. Ein Ausstieg aus der Kohleverstromung, ohne die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden, ist dafür nur ein Beispiel. Die damit erzielbare Multiplikationswirkung geht weit über den Zwei-Prozent-Anteil hinaus, den Deutschland zu den globalen Treibhausgasemissionen beiträgt.

Aber dafür müssen die Bemühungen hier im Land steigen: Wie der gerade verabschiedete Klimaschutzbericht für 2019 zeigt, ist aufgrund der reduzierten Umweltbelastung durch die Corona- und Wirtschaftskrise zwar absehbar, dass das Klimaschutzziel für 2020 nun mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht wird, obwohl es viele Jahre in weiter Ferne schien. Allerdings bleibt das 2030er Klimaziel von 55 Prozent Emissionsminderung unerreichbar, wenn die Folgen der Coronakrise überwunden sind und dann keine weiteren substanziellen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Aus den Zahlen für 2019 ist zudem ein wichtiger Struktureffekt ablesbar: Zwar hat ein höherer CO₂-Preis ►

für weniger Treibhausgase aus dem Energiesektor gesorgt, die Emissionen aus Gebäuden und vor allem dem Verkehrssektor stiegen aber 2019 sogar weiter an. Konjunktur- und Zukunftspakete müssen besonders in diesen Bereichen deutlich verbessert werden – auch und gerade um deutliche Transformationssignale in Richtung Europa und die Welt zu senden.

So würde der sechstgrößte CO₂-Emittent der Welt nicht nur die nationale Verpflichtung aus dem Paris-Abkommen erfüllen können – er würde auch eine transformative Politik-, Innovations- und Investitionsdynamik erzeugen, von der wiederum alle profitieren würden.

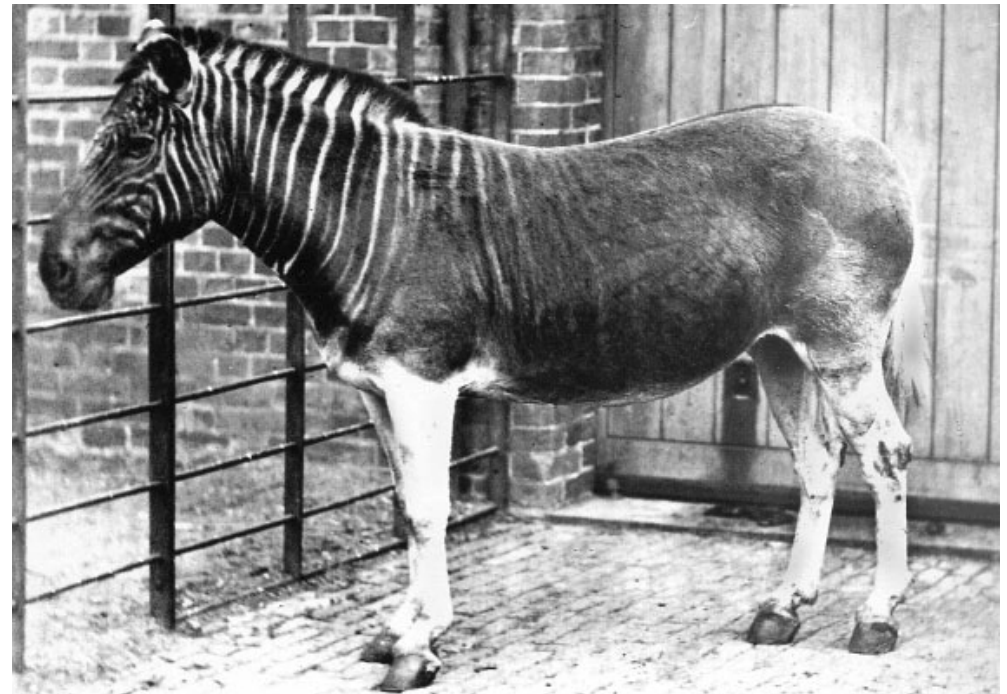
Europa mit Green Deal und Green Recovery

Selbstverständlich ist Deutschlands Engagement auch für die Entwicklung in Europa entscheidend. Denn der europäische Staatenbund könnte mit der Verbindung von Klimaschutz und wirtschaftlichem Wiederaufbau in noch größerem Maßstab die Wirksamkeit von Transformationspolitik auf ein internationales Niveau heben. Schließlich will die Europäische Union mit dem im Dezember 2019 vorgestellten Konzept des „European Green Deal“ die Netto-Emissionen von Treibhausgasen bis 2050 auf Null reduzieren und als erster Kontinent klimaneutral wirtschaften.

Die Maßnahmen reichen von Finanzmarktregulierung über Energieversorgung, Verkehr, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft. Das bisherige Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent zu reduzieren, will die EU-Kommission auf 55 Prozent, das EU-Parlament auf 60 Prozent ver-



Das letzte bekannte Exemplar des Beutelwölfes *Thylacinus cynocephalus* („Endling“) starb 1936 im Zoo von Hobart auf Tasmanien (Foto: gemeinfrei).



Das Quagga (*Equus quagga quagga*), eine südliche Unterart des Steppenzebras, wurde Ende des 19. Jahrhunderts vom Menschen ausgerottet (Foto: gemeinfrei).



schärfen – machbar und nötig könnten allerdings, wie eine Climact-Studie zeigt, inzwischen schon 65 Prozent sein, um die Pariser Klimaschutzziele überhaupt noch zu erreichen. Eine Verschärfung des gesamteuropäischen Ziels hätte dabei zwangsläufig Auswirkungen auf die deutsche Ebene, auch hier müsste dann eine Zielanpassung erfolgen.

Der Coronarezession begegnet auch die EU mit einem riesigen Finanzvolumen im „Next Generation EU“-Aufbauplan: Die Europäische Zentralbank soll Anleihen im Wert von 750 Milliarden Euro zusätzlich kaufen, ein Hilfspaket von 540 Milliarden Euro für Kredite, Garantien und Kurzarbeitergeld ist beschlossen, ein Wiederaufbaufonds geplant, der erweiterte mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 umfasst jetzt 1074 Milliarden Euro. Während das Hilfsprogramm von 540 Milliarden zunächst einmal keine ökologischen Kriterien enthält, soll der weitere Aufbau Wirtschaft und Klimaschutz gleichermaßen nützen, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Mai 2020 ankündigte – unter der

Bezeichnung „Green Recovery“ soll sich auch viel „Green Deal“ wiederfinden.

Denn durch das Aufbauprogramm soll der noch nicht beschlossene European Green Deal „verstärkt“ werden. Durchdekliniert ist dieser allerdings noch nicht. Mehr Geld für den Klimaschutz ist durch „Green Recovery“ auch nicht drin: Es bleibt bei den bisher vorgesehenen 25 Prozent des Gesamtbudgets – und bei den Kriterien zur Zielvorgabe ist der Klimaschutz entgegen der Entwurfsfassung gegenüber Wertschöpfung und Beschäftigung auf eine nachgelagerte Ebene gerutscht.

Wichtig für die Aushandlung des Green Deals ist aus Sicht unserer Wuppertaler Wissenschaftler*innen, dass nicht nur im ökologischen Sinne gehandelt wird. Notwendig ist auch, einen Mechanismus für schnellere Lernprozesse in der Politik zu etablieren, an dem sich alle ambitionierten Regierungen weltweit beteiligen können – und dass im Hinblick auf populistische Tendenzen auch starke Teilhabeprozesse im grünen Strukturwandel eingerichtet werden. Nicht zuletzt kommt es darauf an, dass mit dem Green Deal nicht nur

auf „grünes Wachstum“ gesetzt wird, sondern die Chance genutzt wird, Impulse für ein verändertes Wohlstandsverständnis zu setzen, das weniger Ressourcen- und Naturverbrauch entsprechend höher gewichtet.

Jetzt handeln und nicht auf Glasgow warten

Und schließlich richtet sich unser Appell, die Konjunkturprogramme unbedingt ökologisch zu gestalten, auch an die internationale Klimapolitik. Der für 2020 geplante 26. UN-Klimagipfel in Glasgow ist nun erstmal auf November 2021 verschoben. Auf ihm hätten die Länder ihre verschärften Maßnahmen, die Nationally Determined Contributions (NDC), zur Erreichung des 1,5 bzw. 2-Grad-Ziels vorstellen und eine hinreichende Dynamik für den Klimaschutz erzeugen sollen. Mit ihren bisherigen Vorschlägen steuern die Länder der Welt auf einen Pfad von stattdessen drei bis vier Grad Erwärmung zu – mit der wahrscheinlichen Überschreitung für das Klimasystem elementarer Kippmomente. Nehmen die Staaten nun

enorme Schulden für Konjunkturprogramme auf, ohne diese an den Pariser Klimazielen auszurichten, werden sie in den folgenden Jahren kaum öffentliche Gelder für den Klimaschutz ausgeben können. Ohne den Klimagipfel 2020 fehlt nun der Druck – und die Anpassung erst 2021 käme zu spät.

Auf dem Klimagipfel in 2021 gibt es aber noch mehr zu tun. Es fehlen immer noch einige rechtlich verbindliche Regeln und Standards im sogenannten Regelbuch, das festlegt, wie sich die Länder verhalten und nach welchen Mechanismen sie ihre Emissionen berichten sollen. Und nicht zu vergessen ist das Einhalten von wichtigen Zusagen: Dies gilt vor allem für die von den Industrieländern eingegangene Verpflichtungen, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungsländer bereitzustellen, damit sie an den Prozessen teilhaben und Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen durchführen können.

In allen Fällen kommt es auf das Timing an. Change ist jetzt möglich, mit grünen, nachhaltigen, ökologisch-sozialen Konjunkturprogrammen. Diese müssen weltweit den Pariser Klimazielen folgen – und dürfen nicht länger Wirtschaft und Wachstum von gestern fördern. Ob wir global die Erderwärmung begrenzen können, entscheidet sich mit der ökologisch-sozialen Zielsetzung von staatlichen und privaten Investitionen in den nächsten Jahren. Darüber hinaus sind auch nur so weitere ökonomische Krisen vermeidbar oder tragfähig – die „Große Transformation“ macht weltweit Wirtschafts- und Gesellschafts-



Die erst Mitte der 1960er-Jahre entdeckte Goldkröte (*Incilius periglenes*), ein kleiner mittelamerikanischer Froschlurch, gilt heute als ausgestorben (Foto: gemeinfrei)



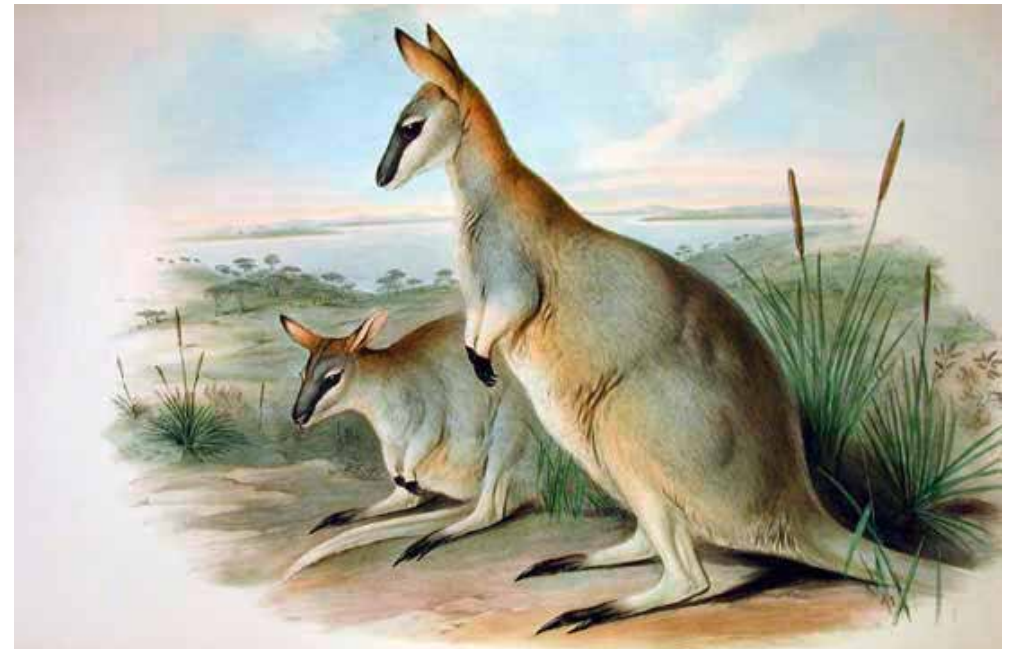
Die mittelamerikanische Laubbroschart *Ecnomiohyla rabborum* („Rabbs Fransenzehe-Laubbrosch“) wurde erst 2008 beschrieben. Sie gilt als ausgestorben, nachdem das letzte Tier 2016 in Gefangenschaft verstarb (CC BY 2.0)



systeme widerstandsfähiger. Denn eines ist klar: Ohne weitgehendere Maßnahmen wird die multiple Klimakrise nicht zu vermeiden sein. Sie wird eine globale sein und – kommt sie ungebremst – mit verheerenden Folgen verbunden sein. Gerade weil wir um diese Gefahren wissen, ist es unsere Pflicht diese abzuwenden. Die Coronakrise hat uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig Krisenprävention ist – ziehen wir daraus unsere Lehre.

Viele Unternehmen haben das bereits verstanden und bauen ihre Geschäftsmodelle auf eine klimaneutrale Entwicklung um. Und immer mehr Menschen sind inzwischen bereit, ihre Lebensstile anzupassen. Alle brauchen jedoch die Unterstützung der Politik. Sie muss über die „Wiederaufbauprogramme“ deutliche „Change“-Signale setzen – für grüne Innovation und Strukturwandel. Die nächsten zehn Jahre werden darüber entscheiden, ob wir das Ruder noch herumreißen können. Verpassen wir diese Chance nicht – zu unserem Wohl, aber auch und gerade zum Wohl der nachfolgenden Generationen. ■

Prof. Dr. Manfred Fishedick ist Energie- und Klimaforscher. Seit 1993 ist er am Wuppertal Institut, seit März 2020 leitet er das Institut als wissenschaftlicher Geschäftsführer. Fishedick ist Coordinating Lead Author für den IPCC Special Report on Renewable Energies und den 5th Assessment Report und Mitglied in vielen nationalen und internationalen Gremien. Seit 2008 ist er außerplanmäßiger Professor an der Schumpeter School of Business and Economics der Bergischen Universität Wuppertal.



Das östliche Irmawallaby (Macropus greyi) lebte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts in Süd-Australien und galt als häufig. Durch Bejagung, eingeschleppte Raubtiere und Umwandlung seines Lebensraumes in Weidegebiete gilt es seit 1924 als ausgestorben. (Zeichnung von John Gould)

Veröffentlichungen des Wuppertal Instituts:

- Konjunkturprogramm unter der Klimaschutzlupe: viele gute Impulse, aber Nachbesserungen für nachhaltige Wirkung erforderlich
- Wie die internationale Klimapolitik zum grünen Aufschwung beitragen kann
- Perspektiven des „European Green Deal“ in Zeiten der Corona-Pandemie
- Post-Corona-Konjunkturprogramme an EU Green Deal ausrichten
- Studie: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5 °C Grenze

»Stellen Sie sich vor, wir würden gegen die exponentielle Virus-Dynamik mit einer Corona-Steuer vorgehen, die erst 2021 eingeführt würde und dann ganz gemächlich ansteige – absurd. Aber nichts anderes machen wir gegenwärtig beim Klimaproblem.«

Hans Joachim Schellnhuber, Klimaforscher, klimareporter.de, März 2020

Fünf Jahrzehnte Klima-Uhr als politischer Game Changer

Die von Naomi Klein in „This Changes Everything“ genannte Klima-Uhr tickt unerbittlich weiter – das verbleibende CO₂-Emissionsbudget, um die Erderwärmung in den Grenzen von 1,5 bis 2 Grad zu halten, wird in den nächsten Jahren verbraucht sein. So genannte Kippelemente scheinen die Veränderungen sogar noch zu beschleunigen. Weil die jetzt zu treffenden Entscheidungen große Wirkung haben, lohnt sich ein Blick auf das Klima als Plattentektonik der sozialen Frage.

Von Andres Friedrichsmeier



Als Greenpeace Anfang April 2020 eine Unterschriftenkampagne für ein ökologisches Profil der Corona-Konjunkturprogramme startete, kassierte die Organisation im ersten Moment erboste Reaktionen: „Ich habe euch immer unterstützt, aber Dinge zu verknüpfen, die nichts miteinander zu tun haben, schadet der Sache!“, so einer der ersten Kommentare auf Facebook. Inzwischen ist die Verknüpfung von Klima- und Coronakrise in Paris, Brüssel und Berlin sogar Regierungsprogramm – wenn auch nicht als tatsächliche Wende, sondern als ein mit E-Autos begrüntes „Weiter so“.

Gleichwohl veranschaulicht die Spontankritik an Greenpeace, wie tief bis ins alternative Milieu hinein das Gefühl reicht, Klimawandel sei irgendwie politisches Spartenthema, separiert von scheinbar härteren Themen wie Wirtschaft und Soziales. Diesen Eindruck hatte wohl auch der grüne Fraktionschef, als er im Februar 2019 seine Partei in der Süddeutschen Zeitung ermahnte, „Öko und Sozial zusammenzudenken“, etwa „wenn Umweltmaßnahmen auf Kosten der Menschen gehen“. Anton

Hofreiters Mahnruf wird als „links“ interpretiert, insofern er die Grünen vor Einseitigkeit zugunsten privilegierter Stadtbewohner*innen warnt, er folgt aber gleichzeitig der Logik der Greenpeace-Kritiker*innen, Sorge um heutige Arbeitsplätze müsse im Zweifel auch Vorrang haben können vor ökologischer Zukunft.

Aber bis zu welchem Stadium der Klimakatastrophe gilt dieser Vorrang? Bereits mit dieser einen simplen Frage wird die Klima-Uhr zum politischen Game Changer. Wahrscheinlich ist, dass die Entwicklung die soziale und die ökologische Frage so hart aufeinander treibt, dass sie sich gegenseitig verschärfen. Vier zeitliche Momentaufnahmen sollen anschaulich machen, wie sich das Verhältnis zwischen „Öko“ und „Sozial“ seit Jahrzehnten verschiebt. So wie durch eine ob ihrer Langsamkeit lange unbemerkte Plattentektonik, die sich mittlerweile exponentiell beschleunigt. Ihr Wirken erzeugt neue Spaltungslinien und sorgt so dafür, dass gestern noch plausible Antworten zum Verhältnis von „Sozial“ und „Öko“ inzwischen schief werden.

„Öko“ und „Sozial“ als unverbundene Kontinente

Die Sichtweise, „Öko“ und „Sozial“ seien unverbundene Kontinente, ist weit verbreitet. Tatsächlich gibt es harte Argumente für fundamentale Unterschiede zwischen den beiden: Ökologische Probleme besitzen eine naturgesetzlich bestimmte Komponente, etwa den Treibhauseffekt und die daraus folgenden Kippunkte oder die intensive Landwirtschaft mit dem Verlust der Artenvielfalt. Die soziale Frage ist hingegen immer radikal kulturell-relativ, selbst wo sie Leben und Tod berührt. Soziale Frage ist beispielsweise nicht, ob Arme grundsätzlich mangels Schutzmöglichkeit an CoVid-19 sterben, sondern ob sie das häufiger tun als Reiche. Erst der Vergleich Arm gegen Reich macht aus einer medizinischen auch eine soziale Frage.

Dem Treibhauseffekt hingegen ist es egal, ob Arm und Reich ihn unterschiedlich verursachen. Er lässt sich bekanntlich weder auf politische Kompromisse ein, noch reagiert er auf politische Versprechungen, aber genau dadurch verformt er den Raum des politisch

Möglichen. Durch ihre naturgesetzliche Unerbittlichkeit erzeugt die Klimafrage neue Faltenbildungen in der politisch-kulturellen Welt, in der wir existieren. Die Kraft, die die Kontinente „Öko“ und „Sozial“ zu einem neuen Problemgebirge aufschiebt, ist übrigens selbst keine unmittelbar naturgesetzliche. Wer Pathos in galaktischem Maßstab mag, denke an den raumverzerrenden Effekt, den die Annäherung an ein schwarzes Loch hat. Alle anderen bleiben bitte bei der Metapher der Klima-Uhr als politischer Game Changer. Bekanntheit erlangte diese Idee 2013 mit Naomi Kleins „This Changes Everything“, das auch sieben Jahre später¹ noch in Top-Ten-Listen der wichtigsten Klima-Bücher reüssiert. „This“ meint die Klima-Uhr und „Everything“ die Politik. Klein verfolgt ihre These später kaum noch, weshalb wir den Blick gleich über den von Klein betrachteten Zeitraum hinaus erweitern.

Spulen wir zunächst fünf Jahrzehnte zurück. 1972 wurde die ökologische Frage erstmals für sämtliche Bürger*innen der westlichen Welt

¹ <https://www.ecowatch.com/the-10-best-books-on-climate-change-according-to-climate-activists-2645893407.html?rebellitem=2#rebellitem2>

politisch präsent. Der Bericht des Club of Rome skandalisierte „Öko“-Fragen wie Rohstoffvergeudung und Umweltverschmutzung noch eng verknüpft mit sozialen Fragen wie „Ausbeutung“ und gelangte zur noch heute unverändert plausiblen Feststellung: „Ganz neue Vorgehensweisen sind erforderlich, um die Menschheit auf Ziele auszurichten, die anstelle weiteren Wachstums zu Gleichgewichtszuständen führen“.

Obwohl die Punch Line „Kapitalismus“ fehlt – schließlich war der Ostblock eher noch schlimmer – klingt das fünf Jahrzehnte später radikal links. Dabei war der Bericht mit großzügiger Finanzierung der Volkswagenstiftung zustande gekommen und die Initiative gar von einem Fiat-Industriekapitän ausgegangen. Bei den meisten Linken jedoch blieb der Bericht unbeliebt, galt doch „Öko“ als „Nebenwiderspruch“, der sinnvoll erst nach der Lösung der sozialen Frage als Problem anzugehen war.



© istockphoto.com /aitmodern

„Poverty is the greatest polluter“

Erst kurz nach 1972 zeichnete sich klarer ab, welches ökologische Problem unserer Zivilisation als erstes das Genick brechen würde, nämlich die tickende Klima-Uhr. Die wahrgenommene „Öko“-Herausforderung fing an, sich über mehrere Polverschiebungen

von Atomkraft über Waldsterben und Verpackungsmüll schließlich um das Thema CO₂ herum aufzutürmen. Zunächst aber, wie Nathaniel Richs Analyse der Jahre 1979-89 in „Losing Earth“ anschaulich zeigt, konnten „Öko“ und „Sozial“ noch als weltweit parallel lösbare Probleme angesehen werden. Der jährliche fossile CO₂-Ausstoß lag erst bei der Hälfte des weltweiten Werts vier Jahrzehnte später.

Spulen wir zwei Jahrzehnte weiter, gelangen wir zum zweiten großen „Öko“-UN-Kongress – nach dem ersten 1972 in Stockholm. Beim „Erdgipfel“ in Rio 1992 wird die Agenda stark, aber noch nicht so massiv wie in den Folgekongressen vom CO₂-Thema dominiert. Die Rolle der Umweltbewegungen ist spürbar gewachsen, aber noch geht die Initiative erkennbar auch von globalen Machteliten aus, etwa aus der US-Demokratischen Partei. 1992 tickt die Klima-Uhr weiterhin langsam genug, um kapitalistische Modernisierung und Klimaschutz als vereinbar zu sehen. Legendärer Konter der Wortführerin der Blockfreien, Indira Ghandi, an die Adresse aller grünen Modernisierer:

„Poverty is the greatest polluter“. Der Rio-Kompromiss lautet, die Klimafrage in unterschiedlicher Geschwindigkeit und national-kooperativ zu lösen, zuerst im Norden, der die Schuld am bisherigen CO₂-Ausstoß trägt, danach mit Geld und Technik der Nordstaaten im globalen Süden, auch dort national gesteuert. Noch ist das Modell nachholender nationaler Entwicklung im Süden glaubwürdig, noch die Idee der Transition im Norden nicht der Finanzialisierung aller Wirtschaftsbereiche zum Opfer gefallen.

Klimapolitische Untätigkeit verschärft die Ungleichheit

Weitere zwei Jahrzehnte später bilanziert Naomi Klein 2012/13 in „This Changes Everything“ diese beiden Jahrzehnte der Verschiebung von „Sozial“ und „Öko“: Der fossile CO₂-Ausstoß ist nicht gesunken, sondern um mehr als ein Viertel angestiegen. Weil die Forschung zu Tipping Points seit 2000 an Fahrt aufnimmt und Selbstverstärkungsmechanismen wie Methan aus der tauenden Arktis berechnet, macht die Klima-Uhr sogar einen zusätzli-

chen Sprung nach vorn. Dies zermalmt den letzten Spielraum für Träume einer sanften Transition im Norden bei gleichzeitigem Nachholen des globalen Südens auf dem schon 1972 als falsch identifizierten Entwicklungspfad. Seit dem „Copenhagen-Accord“ des UN-Klimagipfels von 2009 gibt es sogar einen Ansatzpunkt, um zu quantifizieren, wie hoch die Klimaschulden der reichen Länder sind. Jeder kann nun sehen, dass deren Untätigkeit nicht nur auf Kosten der Zukunft, sondern auch der Ärmsten geht.

Bildlich gesprochen stellt Klein fest, dass die Kontinente „Öko“ und „Sozial“ zusammengestoßen sind und „Öko“ dabei einen tiefen Riss erhalten hat. Auf „Öko“ trennt sich das fortan „Climate Justice“ genannte Lager von dem der ökologischen „Modernisierer“. Letztere bleiben nur unter der Voraussetzung „öko“, indem sie sich nationale Scheuklappen aufsetzen. Lassen sie die Produktion ihrer Konsumgüter in China unberücksichtigt, blenden sie die globale Gerechtigkeit aus. Klein selbst setzt für ihre Kombinationsantwort für „Sozial-Öko“ übrigens weiterhin auf nationale

Teillösungen im Norden, in Form von Protektionismus für gut bezahlte Industriearbeitsplätze in der Windanlagen- und Solarzellenproduktion.

2020 lässt sich bereits ein erneutes „This Changes Everything“ ausmachen. Wir stehen unmittelbar davor, klimatische Tipping Points anzustoßen, mit etwas Pech ist das schon geschehen. Von acht quantifizierbaren planetarischen Grenzen sind inzwischen sechs überschritten. In einer unkontrollierbaren Phase beschleunigter Klimaänderung und massiven Artensterbens mag, der Formel von Elisabeth Kolbert zufolge, zwar unsere biologische Spezies überleben, kaum aber das, was wir heute unter Zivilisation verstehen. Zumal in einer Welt voller Waffen.

Dies konsequent zu durchdenken ist derart unangenehm, dass neben Naomi Klein auch weitere Teile der Ökobilbewegung bisher davor zurückschrecken. Anstatt zu überlegen, was es angesichts der abgelaufenen Zeit noch zu tun gäbe, beharren viele lieber darauf, dass die Klima-Uhr seit vielen Jahrzehnten unverändert auf „fünf vor zwölf“ stünde. Diese Lücke füllen „Extinction Rebelli-

on“ oder, auf intellektuellem Feld, der „Deep Adaptation“-Ansatz von Jem Bendell. „Deep“ meint, die Anpassung auf kommende Klimazeiten nicht nur mit höheren Dämmen zu versuchen, sondern auch mit nach innen gerichteter Reflexion, was an unserer Zivilisation überhaupt kulturell so bewahrenswert wäre, dass sich dafür zu kämpfen lohnt. Wer mit katastrophischem Outcome für Milliarden Menschen rechnet, kommt nämlich automatisch zu einer negativen Einschätzung der verantwortlichen Kultur, wird aber weiter für CO₂-Reduktion streiten, denn je katastrophischer die Veränderung, desto weniger Kultur und Menschen werden überleben.

Zwar wirken Extinction Rebellion und Deep Adaptation im Vergleich zu älteren politischen Strömungen etwas esoterisch und gewöhnungsbedürftig stark raumgebend für individuelle Trauerarbeit – das könnte aber ein perspektivischer Effekt sein, der sich aus unterschiedlicher Bewertung des Stands der Klima-Uhr ableitet.

Jahr	Linke Perspektive zur Beantwortung von „Öko“ und „Sozial“
1972	Nacheinander, Öko erst nach Komplettlösung der sozialen Frage bearbeitbar
1992	Unterschiedliche Geschwindigkeiten, sozial Bessergestellte sollen mit Öko anfangen
2012	„Öko“ und „Sozial“ lassen sich nur gleichzeitig lösen

Der ökologische Fußabdruck wird gemeinsames Maß

Bleiben wir bei der Ausmessung dessen, was sich gerade weiter verschiebt: zunächst einmal die soziale Frage. „Soziale Frage“ ist, wie es sich für ein radikal kulturelles und nicht etwa naturwissenschaftliches Phänomen gehört, schon vom Begriff her politisch. Erstmals kam der Begriff auf, als die Industrialisierung eine neue Verwerfungslinie aufriss, die, anders als vorangehende Ungleichheiten der Ständegesellschaft, kulturell noch nicht eingebettet war und deshalb auch den Eliten Sorgen bereitete - wenn auch nicht so sehr, um substanzielles Umsteuern zu befürworten. Das gilt

analog für die neue sozial-ökologische Verwerfungslinie. Auch diese ist weiterhin eine ökonomische in dem Sinne, dass es bei ihr um etwas geht, das knapp und nur begrenzt verfügbar ist. Bei fortgeschrittenem Stand der Klima-Uhr ist weniger die Möglichkeit der Produktion eines klassischen Wirtschaftsguts wie etwa eines Autos oder einer Flugreise knapp, sondern vielmehr der Raum für den ökologischen Fußabdruck, den der Konsum solcher Güter hinterlässt. Dieser Fußabdruck wird zum neuen und gemeinsamen Maß von sozialer Ungleichheit und Climate Justice. Beide variieren gemeinsam je nach Kontostand und Nationalität des Einzelnen.

Abschließend drei Thesen als Schlaglicht auf die vielfältigen Konsequenzen. An erster Stelle lohnt ein Blick auf die Formwandlung von „Politik“. Oben fiel bereits auf, dass sich die soziale Frage durch ihre Zusammenfaltung mit der globalen ökologischen Frage unwiederbringlich aus dem nationalen Rahmen herausschiebt, abzulesen im Slogan „Climate Justice“. Die Verschiebung ist übrigens auch bei gar nicht aus-

drücklich mit Ökologie beschäftigten Theoretiker*innen zu beobachten, etwa Branko Milanovic. Globale Ungerechtigkeit ist neu im Fokus. Ähnlich wie bei der „sozialen“ Frage schien bis vor kurzem auch für „Politik“ selbstverständlich, dass sie im Kern Aushandlungsprozesse bloß innerhalb eines Nationalstaats beschreibe.

Die Klima-Uhr treibt den Rechtspopulismus

Die Idee des Nationalstaats als naturgegebener Rahmen, in dem allein demokratisch mitentschieden und politische Rationalität ausgehandelt werden kann, verursacht gerade beim aktuellen Stand der Klimauhr viele Verwirrungen. Ein Beispiel ist, wenn kluge Menschen die Frage umtreibt, ob sich Probleme wie die Klimafrage überhaupt „politisch“ lösen lassen – wobei es sich eigentlich darum dreht, dass der dabei vorgestellte Rahmen von Politik nicht zum Rahmen des betrachteten politischen Problems passt. Durch das Herannahen der durch und durch globalen ökologischen Herausforderung ist die Auffassung, die Po-

litik und Nationalstaat heimlich gleichsetzt, endgültig überholt.

Zweitens verändert sich das Lager der Klimaleugnung. Statt die Klimakrise rundherum abzustreiten, genügt es dem politischen Lager von Trump, Bolsonaro & Co zunehmend, chauvinistisch auf die Verteidigung eigener Vorteile und Privilegien zu pochen. Nach der Logik, wäre es nicht besser, mit zynisch verteidigtem Startvorteil in die Klimakrise zu gehen als ohne? Vertrauen wir lieber nicht darauf, dass diese Logik dauerhaft ohne Schnittmenge mit dem Lager der grünen Modernisierer bleibt. Kernargument der Letzteren war ja immer, dass bestehende wirtschaftliche Stärken und Vorteile weiter ausgespielt werden sollen, damit kein radikales Umsteuern nötig wird. Es ist also zu befürchten, dass die Klimauhr die Dynamik des Rechtspopulismus weitertreibt.

Drittens wird das linke Lager mitverzerrt. Gestern noch waren diejenigen wie Naomi Klein, die Wohlfahrtsstaat und Ökologie versöhnen wollen, zweifelsfrei auf dem richtigen Weg. Diese Unschuld trübt sich ein. Konsumgerechtigkeit in reichen Staaten zu fordern ►

und fördern, ohne gleichzeitig die Frage des „imperialen Konsums“ aufzurufen, verliert mit fortlaufender Klimauhr an Distanz zum Leugnerlager.

Schaut man auf Trump, haben es wiederum die Rechten als erste kapiert: Kompromisslose Verteidigung imperialen Lebensstils mit unverantwortlichem ökologischen Fußabdruck kann plausibel Basis für eine Koalition von großkotzigen Milliardären mit amerikanischen Stahlarbeiter*innen sein. Das hat Spaltungswirkungen auch auf das linke Lager.

Gegenläufig dazu kann das Näherrücken der Klimakrise die undogmatische Zusammenarbeit unterschiedlicher Strömungen verstärken. War gestern noch jemand, der Climate Engineering befürwortete (also riskante Versuche technischer Klimamanipulation in globalem Maßstab), untrüglich Gegner konsequenten Öko-Umsteuerns, gilt das kurz vor der Katastrophe nicht mehr. Auf der Straße ist die neue Kollaborationsbereitschaft schon sichtbar. „Ich glaube, dass wir alle Optionen brauchen“, zitiert le monde diplomatique einen jungen französischen Aktivisten.² Wie viel ungeahnte Dynamik aus so einer Haltung erwachsen kann, hat die Ökobewegung in früheren Phasen bei Themen wie Atomenergie oder Waldsterben demonstriert. ■

Dr. Andres Friedrichsmeier ist Organisationssoziologe und arbeitet für das Thüringer Bildungsministerium. In diesem factory-Magazin „Change“ (2-2020) schreibt er auch über die Chance zum Change (Seite 17).

² Le monde diplomatique 11/2019, Claire Loeuvre.



»Die große Transformation, die ansteht, gleicht in ihrer Tiefe und Breite historischen Achsenzeiten wie den Übergängen in die Agrargesellschaft und in die Industriegesellschaft.«

Claus Leggewie, Harald Welzer, Das Ende der Welt, wie sie wir kannten, S. Fischer Verlag, 2009

Eine Wirtschaft, die genügt

Zu Beginn der Corona-Pandemie konnten wir gerade während des Lockdowns erleben, welche Versorgungsaufgaben wirklich wichtig sind. Für viele Menschen ist der Begriff der Suffizienz hierdurch greifbarer geworden. Möglicherweise findet eine Politik und Wirtschaft des Genug damit auch eine größere Verbreitung. Bisher war Suffizienz nur wenigen bekannt, ist aber, um das 1,5 oder 2-Grad-Klimaziel zu erreichen, dennoch nötig zur Beschränkung des Ressourcenverbrauchs. Ralf Bindel sprach darüber mit Angelika Zahrnt und Uwe Schneidewind.

factory: Was verstehen Sie unter Suffizienz und warum ist sie so wichtig?

Angelika Zahrnt: Wir leben und wirtschaften heute nach dem Motto: weiter, schneller, mehr. Mit der Suffizienz stellen wir dem etwas anderes entgegen: die Orientierung an einem Genug und einem rechten Maß. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass wir eine nachhaltige Entwicklung nicht mit einem weiteren Wirtschaftswachstum erreichen und auch nicht mit einer technisch immer effizienteren Wirtschaftsweise. Jetzt stellt sich heraus, dass diese Suffizienz, die bisher nur von einzelnen praktiziert wurde, eine wichtige Rolle hat, wenn wir innerhalb der planetaren Grenzen leben wollen. Die Erfahrungen während des Stillstands können uns helfen, über Suffizienz und die Sinnhaftigkeit von „weiter, schneller, mehr“ noch einmal neu nachzudenken.

Wie lässt sich mehr Suffizienz erreichen, sowohl politisch als auch im absoluten Verbrauch? In den beschlossenen Krisenkonjunkturpaketen setzt man ja eher auf die Förderung des Absatzes.

Uwe Schneidewind: Erstmal geht es bei Suffizienz um ein „Anderes“, um andere Qualitäten. Suffizienz ist eine Haltung der Dankbarkeit. Lebe ich in einer Situation, wo die grundlegenden Dinge befriedigt sind, lässt sich aus diesem Genug der Blick öffnen für ein größeres Ganzes – für die Mitmenschen, für größere sozial-ökologische Zusammenhänge. Es geht darum, diese Situation nicht als Defizit wahrzunehmen, dass da immer noch mehr sein muss. Mit dieser Haltung hinter der Suffizienz ist es viel leichter, diese Fragen auch im politischen Raum zu diskutieren. Auch dort geht es nicht primär um das Weniger, sondern um andere Qualitäten. Wenn wir heute über suffiziente Mobilität nachdenken, reden wir über eine Mobilität, die unsere Städte wieder lebenswerter macht, in dem autogerechte Städte zu attraktiven Aufenthaltsorten umgebaut werden, wo die unterschiedlichen Mobilitätsformen die gleichen Chancen haben. Städte, in denen das gelungen ist, wie Kopenhagen oder in den Niederlanden, nehmen wir heute als wertvolle Städte wahr. Da wird niemand einen Verzicht

und ein Weniger beklagen, sondern es ist einfach eine angenehmere Form der Stadt und des Lebens. Eine bewusste Ernährung, die fleisch- und zuckerreduziert ist, führt zu mehr Gesundheit und mehr persönlicher Lebensqualität. Die Herausforderung für die Suffizienz ist die richtige Rahmung und sie aus dieser falschen politischen Diskreditierung herauszuholen. Insofern sehe ich ganz große Potenziale, mehr Suffizienz zu erreichen, wenn man auf die konkreten politischen Felder geht und sich fragt, wie denn eigentlich ein besseres Leben aussieht. Wir haben damals unser Buch bewusst so genannt: „Damit gutes Leben einfacher wird.“ Das gute Leben steht im Zentrum, nicht ein Weniger als Selbstzweck.

Hat der Lockdown zu neuen Erfahrungen geführt, die mehr Suffizienz möglich machen können?

Zahrnt: Wir sollten vorsichtig sein, die Phase des Lockdowns mit Suffizienz zu verbinden. Wer eine große Wohnung, möglicherweise einen Garten hatte und keine weiteren Belastungen, war



vergleichsweise privilegiert und konnte die Ruhe genießen. Allerdings hat diese Phase sicher auch Erfahrungen möglich gemacht, die man sonst vielleicht nicht gemacht hätte und die zu einer gewissen Nachdenklichkeit geführt haben. Drei Fragen könnten da für einen selber wichtig sein: Was habe ich denn vermisst: den Konsum, das Shopping oder waren es die menschlichen Kontakte? Was hat mir denn in dieser Phase geholfen: meine berufliche Karriere oder zu erkennen, dass ich vieles selber gestalten und strukturieren kann, dass ich diese Fähigkeiten besitze? Und dann glaube ich schon, dass vielen auch bewusst geworden ist: Was ist denn eigentlich überflüssig: die Hektik, das Reisen, zu pendeln? Viele haben sich von Dingen getrennt, die sie angesammelt haben und sich dabei vielleicht gefragt: Wieviel davon ist eigentlich wirklich wichtig? Es gab ja auch die Beobachtung im Einzelhandel, dass die Kunden zwar wiederkommen, aber sie „überlegen mehr“, wie es heißt. Wenn sich das fortsetzen könnte, wäre das ein Schritt zur Suffizienz: Was brauche ich, was passt zu mir, was ist genug, was ist ein verantwortliches Kaufverhalten?



Sehen Sie einen Riss in der Normalität durch Corona, sind dort Suffizienz-Erfahrungen eingesickert?

Schneidewind: Die Erfahrungen waren natürlich unterschiedlich, je nachdem, in welcher Situation man sich befand. Die soziale Ungleichheit ist ja durch die Krise noch einmal viel deutlicher geworden. Man darf die Corona-Erfahrungen nicht als das Sinnbild dessen nehmen, was unter Suffizienz verstanden wird. Dennoch entstanden eben bei den „Beschenkten“, die ein Genug durch ihre materielle Ausstattung erleben dürfen, wo bestimmte Logiken der ständigen Beschleunigung während

des Shutdowns weggefallen sind, wieder Raum für die Erinnerung an ein entschleunigtes Leben. Das schafft den Boden dafür, auch nach Corona darüber nachzudenken, ob wir wirklich so viele Dienstreisen machen müssen. Ob man mit der Digitalisierung nicht mehr Arbeitsweisen klug verknüpfen könnte, ob der Urlaub immer mit einer weiten Reise verbunden sein muss oder sich auch im jetzt neu kennengelernten Nahraum realisieren lässt. Die Erfahrung, drei Monate ohne Flugverkehr und -lärm, teilt ja eine Generation weltweit, das ist ähnlich der Referenz „Autofreie Autobahnen“ während der Ölkrise 1973/74. Es gibt mit der Corona-Pandemie ein

kollektiven Erlebnis globalen Ausmaßes, das ist für die internationale Debatte der Transformation von großem Wert. Das werden wir in den nächsten Monaten und Jahren spüren können.

Wie können wir diesen Drive, den wir jetzt gewonnen haben, verbreitern und weiterführen, wie ließe sich ein ressourcenleichter anderer Lebensstil besser vermarkten?

Zahrnt: Die Vermittlung eines ressourcenleichten Lebens ist inzwischen einfacher als vor zehn oder zwanzig Jahren. Jetzt gibt es so viele Experimente eines anderen Lebens und Wirtschaftens wie Food Sharing, solidarische Landwirtschaft, Second Hand und Fab-Labs, Carsharing, Repair-Cafés, die auch von Kommunen unterstützt werden und sehr viel Zulauf haben. Daraus entsteht auch eine politische Bewegung und der Druck, Produkte langlebiger und reparaturfähig zu gestalten. Zum anderen muss natürlich auch die Politik die Rahmen- und Infrastrukturbedingungen dafür schaffen, z. B. geschützte Radwege und -straßen anzulegen, ein Angebot an

gemeinschaftlich nutzbaren Räumen für Koproduktion. Diese Gemeinschaftseinrichtungen haben nach der Schließung vieler kommunaler Einrichtungen ja gerade in der Corona-Krise eine viel größere Bedeutung bekommen. Die Politik ist wirklich aufgefordert, das in Zukunft viel stärker zu berücksichtigen, in der kommunalen Planung aber auch in der Arbeitszeitpolitik. Denn während der Corona-Kurzarbeit oder des Lockdowns hatten die Menschen Zeit, Dinge selber zu machen oder zu reparieren – mit einer 45-Stunden-Arbeitswoche geht das nicht mehr, und alte insuffiziente Verhaltensweisen schleichen sich ein.

Wenn jetzt Unternehmen diese Konzepte des Nutzen-statt-Besitzens, des Teilens und der Komfortversorgung aufnehmen und statt Produkte stärker Dienstleistungen anbieten, wird dann unsere Wirtschaftsweise suffizienter?

Schneidewind: Der Zusammenhang ist ja eher andersherum. Wir müssen ja zu einem gesellschaftlichen Umdenken der Qualität des Seins kommen, das z. B. Wohnen mit Gemeinschaft verbindet,

Mobilität nicht mit Besitz. Auch die Idee des Commoning steht ja dafür, wie man sich miteinander in Beziehung setzt und neue Qualitäten erzeugt. Das kommt jetzt zusammen mit dem Umbau in vielen Wirtschaftsbranchen durch die Digitalisierung hin zu solchen Nutzungskonzepten. Selbst wenn ich überhaupt nicht über Suffizienz rede, ist natürlich rein ökonomisch die Art, wie wir Mobilität organisieren, kompletter Wahnsinn. Man baut große Blechkisten, die im Schnitt eine Stunde pro Tag bewegt werden, und einen großen Teil der Volkswirtschaft investieren wir in „Stehzeuge“, die nicht das machen, wofür sie gebaut wurden, sondern nur ein Reputations- und Verfügbarkeitskapital darstellen. Jetzt können wir über die Digitalisierung viel mehr der für Mobilität eingesetzten Ressourcen dafür verwenden, diese mit neuen Qualitäten zu versehen und sie intelligent zu vernetzen. Da baut sich in der Industrie im Augenblick unheimlich viel um. Die Kistenbauer werden in Zukunft kaum noch eine Rolle spielen, weil es im Markt jetzt um andere Qualitätsbedürfnisse geht. Was da passiert ist natürlich ►

keine Gewähr für eine suffiziente Welt, aber wir können jetzt auch ökonomisch Suffizienzdiskussionen führen. Viele Schlüsselbranchen konfigurieren sich ohnehin komplett neu. Mit der Digitalisierung entsteht ein neuer Debattenraum, den wir nutzen sollten, zu fragen, wie eine neue Lebensqualität aussieht und wer diejenigen sind, die damit künftig auch im Bereich Mobilität Geld verdienen. Diese Märkte wird es weiter geben, aber das, was wir an Mobilität wollen, müssen wir von der Gesellschaft her denken und nicht nur aus einer betrieblichen Binnenlogik, das ist unsere Herausforderung.

Sie haben ja in ihrem gemeinsamen Buch „Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik“ schon 2013 eine Art politisches Programm dafür vorgestellt. Sehen Sie, dass die Politik da weiter gekommen ist, oder läuft jetzt sogar alles von selbst?

Zahrnt: Das läuft gar nicht von selbst. Und auch in der Digitalisierung steckt die Tendenz, alles immer schneller zu machen, immer mehr Bereiche ein-



zubeziehen, ohne zu bedenken, dass auch sie ökologisch negative Folgen hat durch den damit verbundenen Ressourcenverbrauch. Wir brauchen auch in diesen Prozessen den Leitgedanken, was ist angemessen und was ist genug. Auch in diesen Umbauphasen z. B. in der Autoindustrie müssen wir wirklich sehen, welche Produkte ökologisch sinnvoll sind und wie sind sie angepasst an die Bedürfnisse der Menschen – nicht an die Luxus-, sondern die Alltagsbedürfnisse. In all diese Umstrukturierungsprozesse in der Mobilität, der Landwirtschaft, in der Energie und Kohleindustrie muss der Gedanke der Suffizienz miteinbezogen werden. Es hat keinen Sinn, die jetzige Massentierhaltung ein bisschen tier-

wohlgerechter zu machen, sondern es muss gleichzeitig die Frage beantwortet werden, wie viel Fleischkonsum ist gesund und welche Konsequenzen hat dieser Konsum für die Länder, in denen das Mastfutter produziert wird und in die wir unseren Dünger verschiffen? Da ist die Orientierung am Genug und an der ökologischen Verträglichkeit ganz zentral. Wirtschaft braucht die entsprechenden Rahmenregelungen. Wenn es nicht über Flottenverbrauch geht, über Begrenzungen im Luftverkehr, dann wird die Industrie alles daran setzen, dass alles wieder so in Gang kommt wie vorher, weil sie daran ja gut verdient hat. Das ist ihr Geschäftsmodell, an das sie wieder anknüpfen will. Daher braucht es jetzt auch ein Umsteuern auf der politischen Ebene. Sonst wird der Wandel nur sehr langsam in Richtung Nachhaltigkeit gelingen. Soviel Zeit haben wir nicht und das machen uns zum Glück die gesellschaftlichen Bewegungen wie Fridays for future ja auch sehr deutlich. Der Druck auf die Politik wird weitergehen müssen.

Wir haben den Druck von der Straße, sogar die Politik hat eine neue Abwrackprämie zur Konjunkturförderung abgelehnt. Gibt es einen solchen Druck hin zu suffizienten Geschäftsmodellen auch von den Unternehmen?

Schneidewind: Angelika Zahrnt hat das ja schon deutlich gemacht: Es braucht jetzt kluge Rahmensetzungen. Dass die Abwrackprämie so nicht durchgekommen ist, ist schon ein gewisser Erfolg. Das zeigt, dass sich da sehr viel auch gesellschaftlich und politisch bewegt hat. Die Politik hat das ja auch gemacht, weil sie weiß, dass jetzt eine Mehrheit der Bevölkerung kaum Verständnis für eine solche Maßnahme aufgebracht hätte. Das ist durchaus eine Grundlage, um über weitere neue Rahmenbedingungen nachzudenken. Thema Flugverkehr: Wenn wir den alten Zustand zurückbekommen, wird das sehr schnell wieder hochlaufen. Jetzt ist die Chance, über eine globale Kerosinsteuer nachzudenken, die wir für die vielen globalen Herausforderungen einsetzen. Jetzt wäre es auch möglich, preisliche Anreize zu setzen, dass Menschen, die jeden Tag

zur Arbeit in die Innenstädte pendeln, eben stärker auch das Home Office nutzen, um Raum und Platz in den Städten zu gewinnen. Denn niemand kann jetzt mehr argumentieren, dass eine Verteuerung zum Zusammenbruch unseres professionellen Zusammenarbeitens führen würde. Oder können Shareholder es akzeptieren, dass die Türme der Deutschen Bank drei Monate lang leer standen und ihr Betrieb trotzdem zu 95 Prozent gewährleistet war? Als Vorstand müsste ich jetzt ein Konzept vorlegen, wie wir künftig mit nur noch einem Drittel der Fläche das Unternehmen betreiben und damit zu einer erheblichen Reduktion des Pendelverkehrs beitragen. Ich hoffe darauf, dass da von verschiedenen Seiten einiges an Druck kommt. Wenn das aus Fantasielosigkeit nicht passiert, bin ich sicher, dass z. B. Fridays for future, aber vielleicht auch etwas aufgeklärtere Shareholder das zukünftig einfordern. Dann braucht es eben auch eine Politik, die das in ökonomisch vernünftige und kluge Instrumente übersetzt.

Zahrnt: Ich glaube, es wird Bereiche geben, in denen die Veränderungen zur Suffizienz heftig mit Verzicht verbunden werden, wie z. B. im Tourismus. Wer Fernreisen, Exotik und Tauchen liebt, wird nur schwer mit Nahzielen wie der Ostsee zufrieden sein. Auch bei dem Genuss von weniger Fleisch wird es heftige Widerstände geben, da sollten wir uns nichts vormachen.

Schneidewind: Da geht es um das Verständnis von Politik. Wenn diese im wesentlichen geleitet ist durch die Empathie von Menschen, die sich tausende Euro teure Tauchreisen erlauben können, dann statt fünf- eben zehntausend Euro zahlen und diese dafür nur noch alle zwei Jahre machen, ist das die Selbstaufgabe von Politik. Wenn in einer Welt, von deren Verwerfungen Milliarden Menschen betroffen sind, die Zufriedenheit des Tauchreisenden der Kompass ist, um politisch zu handeln, dann können wir politische Gestaltung und Ambitionen ohnehin ganz lassen. Wenn wir jetzt sehen, was diese Krise gerade mit den Schwächeren gemacht hat, dann ist jetzt auch Zeit für ►

ein etwas couragierteres Aussprechen im politischen Raum, dafür bekommt man durchaus Mehrheiten. Für Leute, die sich Tauchreisen erlauben können, müssen wir keine Politik machen – die werden sich immer durchsetzen. In Struktur und Politik braucht man für eine gerechte Welt eben auch die vielen Interessen, die eben nicht die gleichen Artikulationsfähigkeiten haben, sich einzubringen.

Wie gehen wir um mit den großen Umbrüchen? Die Kohleindustrie hat um ihre Arbeitsplätze gekämpft, was machen wir mit den Autoindustriezulieferern, die in der E-Auto-Wertschöpfungskette möglicherweise nur noch zu einem Sechstel auftauchen? Herr Schneidewind kandidiert als Oberbürgermeister im Bergischen Land¹, wo ein großer Teil der mittelständischen Wirtschaft von der Autoindustrie abhängt. Wie können wir Automobilität und die dazugehörige Industrie wandeln?

Zahrnt: Strukturwandel gab es historisch gesehen schon immer. Die Textilindus-

¹ Zum Zeitpunkt des Interviews war die Wahl zum Oberbürgermeister Wuppertals noch nicht erfolgt.



trie hier auf der Schwäbischen Alb ist z. B. fast ganz verschwunden und es gab immer das Problem, Übergänge zu gestalten. Wir haben jetzt schon Erfahrung von der Konversion von Industrien in anderen Bereichen. Das ist bei einer so großen Industrie wie der des Automobilbaus entsprechend schwierig. Aber wenn wir mehr ÖPNV haben, gibt es einen erhöhten Bedarf an entsprechenden Fahrzeugen. Es gibt auch den Bedarf, Mobilität anders zu organisieren, also nicht mehr als Besitz, sondern als Dienstleistung. Ein anderer boomender Bereich sind die E-Bikes. Das ersetzt nicht die gesamte Industrie, aber auch solche Nischen sollten stärker als Chancen

für wirtschaftliche Tätigkeiten gesehen werden. Man muss fragen, in welchen anderen Feldern es Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Das gilt nicht nur für den ökologisch heiklen Bereich der Mobilität, sondern auch in der Digitalisierung, wo im Bürobereich ganz viele Arbeitsplätze wegfallen werden. Und es gibt weitere grundlegende Fragen zu beantworten: Wie viel wollen wir arbeiten, welche Fulltime-Arbeitsplätze brauchen wir und inwieweit sollten wir nicht das Volumen an Arbeitsplätzen anders verteilen, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, so dass wir zu einer Halbtagsgesellschaft kommen? Wenn wir Arbeit reduzieren, wird das auch zu einem reduzierten Einkom-

men führen, das nicht für jeden ausreichen wird. Wir dürfen dann in den Einkommensgruppen, wo es sowieso knapp ist, keine Reduktion vornehmen, aber bei den Gruppen, die oberhalb dieses Levels sind, wird es einen Tausch geben müssen – von Arbeitszeit, die ich verliere, zu Freizeit, die ich gewinne und die ich für viele andere Tätigkeiten nutzen kann. Zur Selbstversorgung, für Freizeit, für die Sorge um andere. Ich glaube, dass es in diese Richtung gehen muss: von einer Gesellschaft, die jetzt auf Erwerbsarbeit konzentriert ist, zu einer, die stärker auf die Vielfalt der Tätigkeiten orientiert ist. Das steht jetzt an.

Schneidewind: Sie haben die Automobilzuliefererindustrie im Bergischen Land angesprochen: Das macht sogar eher Mut, sich mit dieser auseinanderzusetzen. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit mit Monika Kocks zu sprechen, die einen Zusammenschluss von Zuliefererbetrieben leitet, Automotivland NRW. Die haben im Vorfeld der Konjunkturpaketverhandlungen solche plumpen Kaufprämien abgelehnt. Das bringe gar nichts, sagen sie, sondern wir müssen jetzt,



wenn überhaupt, in die Innovationsfähigkeit der Branche investieren. Diese Unternehmen haben zum Teil ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert in der metallverarbeitenden Industrie und schon vier bis fünf massive Strukturwandelperioden hinter sich. Die schauen sich an, was auf dem Mobilitätsmarkt passiert und stellen sich mit einer hohen Flexibilität und Agilität darauf ein. Weil sie ganz klar sehen, dass das nicht national aufzuhalten ist, sondern es globale Trends sind. Es macht Mut zu erkennen, dass dieses Hochhalten der Unmöglichkeit und der Katastrophe des Strukturwandels eben nur von ganz bestimmten Akteuren lanciert wird, während die Wirtschaft dort schon sehr viel weiter ist – und es ihr viel wichtiger ist, dass auch die Politik klare

Vorstellungen davon hat, wie die Zukunft aussieht und da die richtigen Signale setzt. Und nicht versucht, den Strukturwandel durch falsche Subventionspolitik zu verzögern und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit ganz vieler Unternehmen zu beeinträchtigen. ■

Das gesamte Live-Gespräch können Sie ungekürzt auch bei factory online sehen unter www.factory-magazin.de/videos

Angelika Zahrnt, Uwe Schneidewind, Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik, oekom Verlag München, 2013

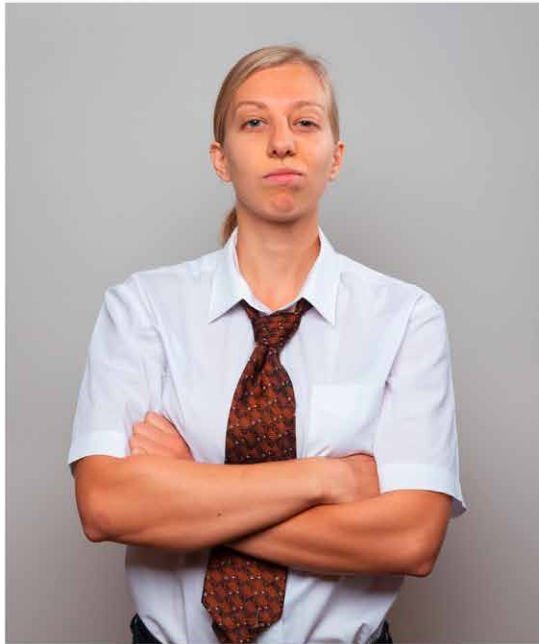
Prof. Dr. Zahrnt ist Systemanalytikerin und war lange Zeit Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), deren Ehrenvorsitzende sie jetzt ist. Sie ist eine Expertin der Postwachstumsökonomie.

Prof. Dr. Uwe Schneidewind ist Universitätsprofessor in Wuppertal und leitete bis vor kurzem das Wuppertal Institut, davor war er Universitätspräsident in Oldenburg. Er hat im Herbst 2020 die Stichwahl zum Oberbürgermeister in Wuppertal gewonnen.

Alle Fotos: [istockphoto.com/AscentXmedia](https://www.istockphoto.com/AscentXmedia)

»Aber das Soziale. Aber die AfD.
Aber die Wirtschaft. Aber die
fliegenden Klimaschützer – die
Abers sind der Schutzwall gegen
eine Veränderung, die rhetorisch
so bereitwillig begrüßt wird.«

Bernd Ulrich, deutscher Journalist, seit 2003 stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung Die Zeit.
Kommentar in der Zeit, Juli 2019



Die Wende im Kopf

Die Informationen und damit das Wissen um die Notwendigkeit zur Veränderung angesichts der sich beschleunigenden Krisen sind bei den meisten Menschen angekommen. Psychologisch bleiben diese Maßnahmen jedoch an der Oberfläche: Sie wirken selten dauerhaft und verändern individuelle Lebensstile und Ansprüche nicht wirklich substanziell hin zu einem ressourcenschonenden „guten Leben“. Um eine echte Transformation zu erreichen, müssen die Menschen erst lernen, vor allem ihre „psychischen Ressourcen“ zu stärken.

Von Marcel Hunecke

In den letzten 20 Jahren hat die Umweltpsychologie wesentliche Erkenntnisse zur Förderung umwelt- und klimaschonenden Verhaltens generieren können. Die in diesem Kontext abgeleiteten Interventionsmaßnahmen können umweltbezogene Einstellungen, Überzeugungen, Normen und letztlich auch das Umweltverhalten verändern. Allerdings wirken diese meist nur verhaltensspezifisch und erfassen so nicht die gesamte Lebensführung. Damit können sie den erforderlichen kulturellen Wandel in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung nicht in Gang setzen. Zusätzlich fokussieren die umweltpsychologischen Interventionen meist auf motivational weniger wirksame kognitive Prozesse und reagieren ausschließlich auf die bereits vorhandenen Bedürfnisse der jeweils identifizierten Zielgruppen. Damit operieren diese Interventionen in einem Marketing-Modus (einen Überblick liefert das IMPUR-Schema in Anlehnung an die Handlungsphasen des Transtheoretischen Modells¹). Bisher mangelt es in der Umweltpsychologie an An-

1 Prochaska, J. O. et al. (1994). Stages of change and decisional balance for 12 problem behaviors. *Health Psychology*, 13(1), 39-46.

Handlungsphase	Herausforderung	Interventionsstrategie
Sorglosigkeit	Information	Aufmerksamkeitslenkung & Wissensvermittlung
Intentionsbildung	Motivation	Aktivierung von Normen und Werten & Neubewertung individueller Vor- und Nachteile
Handlungsvorbereitung	Planung	Konkretisierung von Handlungszielen & Handlungsplänen
Handlungsausführung	Umsetzung	Bereitstellung unterstützender sozialer, organisatorischer, infrastruktureller und technologischer Angebote
Aufrechterhaltung	Routinisierung	Positive Verstärkung & Rückfallprävention

IMPUR-Schema: Systematisierung von umweltpsychologischen Interventionsmaßnahmen zur Erklärung und Initiierung von Verhaltensänderungen (Quelle: eigene Darstellung)

sätzen, die einen umfassenden sozial-ökologischen Wandel unterstützen und dabei den Modus der Transformations einnehmen. Der Ansatz der psychischen Ressourcen für nachhaltige Lebensstile operiert im Transformations-Modus und identifiziert die sechs psychischen Ressourcen Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Achtsamkeit, Genussfähigkeit, Sinnkonstruktion und Solidarität, die nicht nur das subjektive Wohlbefinden, sondern auch die Motivation für ein nachhaltiges Verhalten steigern.

Was eine so genannte sozial-ökologische Transformation auszeichnet und wie diese inhaltlich gestaltet werden könnte, ist kein genuines Thema der Umweltpsychologie, sondern wird in den inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeitswissenschaften ausführlich unter den Stichworten „Great Transition“², „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine

2 Raskin, P., Banuri, T., Gallopín, G., Gutman, P., Hammond, A., Kates, R. & Swart, R. (2002). Great transition: The promise and lure of the times ahead. SEI PoleStar Series Report no. 10. Boston: Stockholm Environment Institute. ►



Große Transformation“³ und „Great Mindshift“⁴ untersucht. In diesen meist stark ökonomisch oder politikwissenschaftlich geprägten Entwürfen finden sich dann immer auch psychologische Konzepte, die zur inhaltlichen Konkretisierung einer Großen Transformation herangezogen werden. Mit Abstand am häufigsten tauchen in diesem Diskurs die psychologischen Begriffe des subjektiven Wohlbefindens, der Lebenszufriedenheit oder allgemeiner des

3 WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten 2011. Berlin: WBGU.

4 Göpel, M. (2016). The great mindshift: How a new economic paradigm and sustainability transformations go hand in hand. Berlin: Springer.

guten oder glücklichen Lebens auf⁵. Das subjektive Wohlbefinden in seinen konzeptionellen Varianten fungiert hierbei in der Regel als finale Zielgröße allen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Handelns.

Marketing- vs. Transformations-Modus

Zu diesem Zweck müssen jedoch erst einmal recht fundamentale Fragen nach immateriellen Zufriedenheitsquellen und dem guten Leben gestellt werden, die letztlich darauf abzielen, Prozesse der Werte- und Zielklärung im Individu-

5 Jackson, T. (2017). Wohlstand ohne Wachstum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Gesellschaft. München: oekom.

um sichtbar zu machen. An dieser Stelle offenbart sich die Differenz zwischen einer Psychologie im Marketing-Modus gegenüber einer im Transformations-Modus. Denn die gängigen umsetzungsorientierten Empfehlungen der Umweltpsychologie zur Förderung nachhaltigen Verhaltens erreichen nicht die Ebene einer bewussten Auseinandersetzung mit den eigenen Lebenszielen. Teilweise können personenfokussierte Interventionen in der Phase der Intentionbildung eine Auseinandersetzung mit persönlichen, sozialen und deskriptiven Normen anstoßen. Das Infragestellen eigener Ziele, Werte und Normen erfordert jedoch Reflexionsprozesse, die längere Zeiträume erfordern, um nicht als Gedankenspiele in Vergessenheit zu geraten.

So hat sich vermutlich jeder deutsche Bürger inzwischen die Frage gestellt, ob und wo seine Alltagsgestaltung das Klima belastet. Sicherlich ein Effekt, der auf informations- und kommunikationsbasierte Nachhaltigkeitsinterventionen im Marketing-Modus zurückzuführen ist. Unter psychologisch relativ gut beschreibbaren Voraussetzungen



resultieren aus diesen Interventionen Absichten, das eigene Verhalten tatsächlich zu ändern; diese sind jedoch für dauerhafte Verhaltensänderungen häufig nicht stark genug. Entweder reicht die Motivation nicht aus oder der Aufwand zum nachhaltigen Verhalten ist zu hoch, um die aus der gesamten Psychologie bekannte Intentionen-Verhaltens-Lücke zu überwinden. Wenn es gelingt, die Verhaltenskosten der zum Klimaschutz motivierten Personen zu senken – durch strukturverändernde Interventionen oder sogar materielle oder immaterielle Anreize –, erhöhen sich die Chancen kontinuierlich, dass es tatsächlich zu dauerhaft wirksamen Verhaltensänderungen in Richtung Nachhaltigkeit kommt. Die meisten der gegenwärtig zur Förderung eines nachhaltigen Konsums angeführten Nudging-Strategien⁶ setzen auf diese Strategie und operieren damit im Marketingmodus.

Das Problem ist jedoch, dass in der Regel nur sehr spezifische Verhaltensweisen, z. B. das Lüftungsverhalten

⁶ Thorun, C., Dieß, J., Vetter, M., Reisch, L., Bernauer, M., Micklitz, H.-W., Rosenow, J., & Forster, D. (2017). Nudge-Ansätze beim nachhaltigen Konsum: Ermittlung und Entwicklung von Maßnahmen zum „Anstoßen“ nachhaltiger Konsummuster. UBA Texte 69/2017. Dessau: Umweltbundesamt.

Psychische Ressourcen zur Steigerung des subjektiven Wohlbefindens

Von den folgenden sechs psychischen Ressourcen ist zu erwarten, dass sie die Bedeutung immaterieller Zufriedenheitsquellen für Menschen erhöhen und damit zu einem nachhaltigen Lebensstil beitragen:

- Genussfähigkeit,
- Achtsamkeit,
- Selbstakzeptanz,
- Selbstwirksamkeit,
- Sinngebung und
- Solidarität.

Weil Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Achtsamkeit und Genussfähigkeit zwar stark persönlichkeitsbildend wirken, aber allein noch kein ressourcenleichtes Verhalten induzieren, müssen sie durch die beiden zielbildenden Ressourcen Sinngebung und Solidarität ergänzt werden, um eine Orientierung an immateriellen Zufriedenheitsquellen zu erreichen. Beide Ressourcengruppen sollten dafür möglichst gleichzeitig aktiviert werden. Das kann in verschiedenen gesellschaftlichen Settings bzw. Lernorten erfolgen (siehe Tabelle S. 64).

beim Heizen oder die Nutzung von Lastenfahrrädern auf Einkaufswegen, tatsächlich verändert werden. Hierbei kommt es nur selten zu Spillover-Effekten zwischen den einzelnen Verhaltensbereichen, also dass der Lebensstil insgesamt nachhaltiger und ressourcenleichter wird. Stattdessen drohen Rebound-Effekte, die sich sowohl innerhalb einzelner, als auch zwischen verschiedenen Verhaltensbereichen ein-

stellen können: Gespartes Geld, bessere CO₂-Bilanz oder Zeit werden in neues ressourcenintensives Verhalten investiert. Die breitgefaste Veränderung eines Lebensstiles in Richtung Nachhaltigkeit, die möglichst viele Bereiche der Alltagsgestaltung umfasst, lässt sich durch solche Maßnahmen nicht systematisch erwirken. Hierfür müssen stattdessen motivationale Einflussfaktoren im Individuum aktiviert werden, ►



die auf der Grundlage einer bewussten Ziele- und Werteklä rung eine persönliche Transformation in Gang setzen, die sich mit den Zielen einer sozial-ökologischen Transformation decken.

Folgende Voraussetzungen sollten erfüllt sein, um diese Reflexionsprozesse im Transformations-Modus motivierend zu unterstützen: zuerst ist ein dauerhaft motivierendes Ziel nötig, zweitens systematische Strategien zur Förderung und drittens Settings, in denen diese Strategien dauerhaft umgesetzt werden können. Umweltpsychologische Theorien im Transformations-Modus sollten also immer diese drei Voraussetzungen erfüllen, um ihrem Anspruch gerecht zu werden, nicht nur Änderungen in spezifischen Verhaltensbereichen, sondern tatsächlich nachhaltige, suffiziente Lebensstile zu fördern.

Der Ansatz der psychischen Ressourcen⁷ bietet eine theoretische Perspektive, um diese drei Voraussetzungen zu erfüllen. Erstens weisen psychische Ressourcen mit dem Ziel der Erhöhung



des subjektiven Wohlbefindens ein hohes Potenzial auf, Personen dauerhaft für Prozesse der Werte- und Zielklärung zu motivieren. Zweitens lassen sich ausgewählte psychische Ressourcen systematisch durch spezifische psychologische Interventionen fördern, wenn es gelingt Personen mit ausreichend hoher Motivation dauerhaft in diese individuellen Klärungsprozesse einzubinden. Drittens existieren vielfältige gesellschaftliche Settings, in denen diese Interventionen mit umfassender Hebelwirkung für einen kulturellen Wandel eingesetzt werden können.

Die psychischen Ressourcen der Nachhaltigkeit

Der Ansatz zu psychischen Ressourcen für nachhaltige Lebensstile orientiert sich an der Zielgröße des subjektiven Wohlbefindens und verlässt sich nicht auf die zeitlich begrenzte motivationale Wirkung von moralischen Appellen, um Reflexions- und Erfahrungsprozesse für eine Umorientierung zu initiieren. Gleichzeitig sollte die Motivation für einen nachhaltigen Lebensstil nicht ausschließlich über materielle bzw. finanzielle Anreize gesteigert werden. Eine anreizbasierte Strategie ist zwar einerseits sehr effektiv, jedoch anderer-

⁷ Hunecke, M. (2013). *Psychologie der Nachhaltigkeit. Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften*. München: oekom.

seits mit dem Nachteil verbunden, keine dauerhafte intrinsische Motivation für nachhaltiges Verhalten aufzubauen. Denn falls die materiellen Anreize für nachhaltiges Verhalten wegfallen, ist zu erwarten, dass auch das nachhaltige Verhalten eingestellt wird und stattdessen auf materiell einträglichere Verhaltensalternativen zurückgegriffen wird. Werden beispielsweise finanzielle Anreize für die Einspeisung von selbstzeugten Strom in das öffentliche Stromnetz zurückgenommen, installieren Bürger*innen auch keine Solaranlagen oder KWK-Anlagen mehr im eigenen Haus – sie schaffen diese vor allem an, um Geld zu sparen und nicht um das Klima zu schützen. Gleichfalls sollte bei der Ausrichtung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen am Ziel des subjektiven Wohlbefindens ebenfalls darauf geachtet werden, diese nicht in Konkurrenz zu primär moralisch und ökonomisch operierenden Strategien auszurichten. Stattdessen ist eine kombinierte Anwendung von moralischen Appellen, materiellen Anreizen und Strategien zur Förderung des Wohlbefindens anzustreben⁸, z. B.

8 Lindenbergh, S. & Steg, L. (2007). Normative, gain and hedonic goal frames guiding environmental behavior. *Journal of Social Issues*, 63, 1, 117–137.

wenn die gemeinschaftlichen Nutzung von Pkws als individuell vorteilhaft (Geld sparen), prosozial (Gemeinschaft fördern) und klimaschonend (weniger Emissionen bei der Nutzung und weniger Ressourcen bei der Produktion von Fahrzeugen) kommuniziert wird.

Settings & Ziel	Psychische Ressourcen
<i>Coaching:</i> Persönlichkeitsentwicklung	Sinnkonstruktion Selbstakzeptanz Achtsamkeit
<i>Gesundheitsförderung:</i> körperliche und psychische Gesundheit Achtsamkeit Genussfähigkeit Sinnkonstruktion	Sinnggebung Selbstwirksamkeit Achtsamkeit Genussfähigkeit
<i>Schulen & Hochschulen:</i> Bildung für eine nachhaltige Entwicklung	Selbstwirksamkeit Solidarität Sinnkonstruktion
<i>Unternehmen & Non-Profit-Organisationen:</i> Corporate-Social-Responsibility	Selbstwirksamkeit Solidarität Sinnkonstruktion
<i>Gemeinwesen:</i> Steigerung von Lebensqualität und Nachhaltigkeit	Solidarität Sinnkonstruktion Genussfähigkeit

Settings zur Förderung psychischer Ressourcen

Psychische Ressourcen zielen darauf ab, sowohl das subjektive Wohlbefinden, als auch die Motivation für nachhaltiges Verhalten zu steigern. Direkte Effekte auf das Umweltverhalten sind jedoch von gesteigerten psychischen Ressourcen nicht zu erwarten. Vielmehr initiieren diese Reflexions- und Erfahrungsprozesse, die zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den Zielen und Werten des eigenen Lebens führen sollen.

Das Ziel dieser Klärungsprozesse sollte eine Veränderung in den persönlichen Zielhierarchien darstellen, in denen der Nachhaltigkeit dann eine höhere Priorität zugemessen wird. Gelingt dies, ist zu erwarten, dass sich nachhaltiges Verhalten im Sinne eines Spillovereffektes auf weitere Verhaltensbereiche ausweitet – mit einer ressourcenleichteren Ernährungsweise kann sich so zum Beispiel auch das Mobilitätsverhalten oder das Bedürfnis nach langlebigeren Produkten ändern. Gleichzeitig kann durch eine hohe individuelle Bedeutung von Nachhaltigkeitszielen verhindert werden, dass bereits erzielte Umwelt- und Klimaent-



lastungen durch Reboundeffekte wieder verloren gehen.

Weiterhin erfüllt der Ansatz der psychischen Ressourcen die zweite Voraussetzung des Transformations-Modus, weil sich viele psychische Ressourcen sowohl empirisch gut messen, als auch durch psychologisch fundierte Interventionen systematisch fördern lassen. Die meisten der bisher bekannten Interventionen initiieren Reflexions- und Erfahrungsprozesse, die nicht nur auf den Umwelt- und Klimaschutz abzielen, sondern auch auf die Erhaltung bzw. Verbesserung der eigenen körperlichen und psychischen Gesundheit.

Drittens können psychische Ressourcen nicht nur in Einzelgesprächen oder kleinen Gruppensettings gestärkt werden, sondern vor allem auch in gesellschaftlichen Settings mit möglichst vielen TeilnehmerInnen, z. B. in Schulen, Unternehmen oder Stadtquartieren. Massenmedien bieten jedoch keinen geeigneten Kommunikationskanal für die psychischen Ressourcen, weil in diesen nicht das erforderliche Maß an Elaboration der übermittelten Informationen stattfinden kann. Massenmedial vermittelte Interventionen orientieren sich stattdessen stärker an den Erfordernissen des Marketing-Modus.

Tief, breit und nachhaltig wirksam

Der Ansatz der psychischen Ressourcen kann eine interdisziplinäre Brückenfunktion zwischen der Psychologie und den Sozial- und Geisteswissenschaften übernehmen, indem er die dort vorwiegend analytisch verwendeten Konzepte Sinn, Gemeinwohl und Empowerment einer empirischen Operationalisierung und Überprüfbarkeit zugänglich macht. Von ebenso großer Bedeutung ist die Brückenfunktion auf transdisziplinärer Ebene zu Praxisakteuren einer sozial-ökologischen Transformation. Vor allem psychologisch und pädagogisch geschulte Akteure aus der schulischen und außerschulischen Bildung, aus Unternehmen und öffentlichen Institutionen, aus der psychosozialen Beratung und dem Gemeinwesen greifen bereits mehr oder weniger explizit auf Konzepte der Förderung psychischer Ressourcen zurück. Hier erfährt gegenwärtig der Ansatz der psychischen Ressourcen für nachhaltige Lebensstile auch die stärkste Resonanz, weil dort eine Haltung der Ressourcenorientierung und -förderung ►

einschließlich der hiermit verbundenen Methoden weit verbreitet ist und so leichter mit dem Leitbild einer sozial-ökologischen Transformation verknüpft werden kann.

Letztlich tragen die psychischen Ressourcen nicht nur zu einem nachhaltigen Verhalten in den Bereichen der privaten Alltagsgestaltung wie Mobilität, Ernährung, Konsum und Energienutzung bei, sondern können auch das politische Handeln des Einzelnen als Aktivist in Umwelt- und Klimaschutzorganisationen, als BürgerIn in der Zivilgesellschaft und als Mitglied in Organisationen und Institutionen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen. Auf diese Weise kann die Umweltpsychologie letztlich auch einen Beitrag zu politischen und kulturellen Programmen leisten, die sich gegen immer umfassendere Formen der zeitlichen und räumlichen Entgrenzung

engagieren, wie diese im Rahmen von Internationalisierungs- und Digitalisierungsprozessen propagiert werden. Die psychischen Ressourcen können immer dann Widerstandskräfte im Individuum gegen diese kulturellen Tiefenströmungen der Entgrenzung mobilisieren, wenn diese die aktuellen Lebensqualitäten von Menschen und die Lebenschancen zukünftiger Generationen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einzuschränken drohen. ■

Prof. Dr. Marcel Hunecke lehrt Allgemeine Psychologie, Organisations- und Umweltpsychologie an der Fachhochschule Dortmund. Er hat verschiedene Bücher zur Förderung nachhaltigen Verhaltens veröffentlicht, u. a. zur Psychologie der Nachhaltigkeit. Sein Spezialgebiet ist die Umweltpsychologie in der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung. Im factory-Magazin „Glück-Wunsch“ erschien 2013 sein Beitrag „Zum Glück gibt es das Postwachstum“, der eine kleine Einleitung zu den psychischen Ressourcen liefert.

Alle Fotos in diesem Beitrag: istockphoto.com / SilviaJansen



»Was auch immer geschieht:
Nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man
euch zieht,
auch noch zu trinken.«

Emil Erich Kästner (1899 - 1974) deutscher Schriftsteller, Publizist, Drehbuchautor und Kabarettidichter.
Eröffnungsgedicht im Gedichtband „Gesang zwischen den Stühlen“, 1932

factory^y ist das Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften

factory steht für industrielle Produktion und Fabrik, aber auch für den Faktor Y, um den sich der Ressourcenverbrauch ändern muss, damit nachfolgende Generationen gleiche Bedingungen vorfinden. Dieses Nachhaltigkeitsverständnis schließt ein, dass es um alle Aspekte Nachhaltigen Wirtschaftens geht, also neben Produktion und Dienstleistungen auch um die Seite des Konsums. factory will dazu beitragen, die Bedeutung der Unternehmen bei der Verwirklichung einer Nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft deutlich zu machen und Wirtschaftsakteure in die gesellschaftliche Debatte einzubinden. Es geht dabei um eine ressourceneffiziente Wirtschaftsweise und die Herausbildung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster. factory erscheint kostenlos viermal im Jahr als PDF-Magazin und im Netz unter www.factory-magazin.de

factory – Magazin für Nachhaltiges Wirtschaften
ISSN 1860-6229,
15. Jahrgang Ausgabe 2-2020

Redaktion:

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Ralf Bindel
Am Varenholt 123
44797 Bochum
Tel. 0234-9799513
rb@factory-magazin.de

Anzeigen:

rabe – medienbüro
Tel. 0234-9799513
www.rabeuero.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste 1.2012

Englische Übersetzung:

Universität Mainz, Fachbereich Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaften, Institut für Anglistik, Amerikanistik und Anglophonie, Prof. Dr. Donald Kirały & Studierende
www.fask.uni-mainz.de

Herausgeberinnen:

Effizienz-Agentur NRW
Dr.-Hammacher-Straße 49, 47119 Duisburg
Tel. 0203-37879-30, Fax -44
efa@efanrw.de
www.efanrw.de

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Tel. 0202-2492-0, Fax -108
info@wupperinst.org
www.wupperinst.org

Gestaltungsentwurf:

Oktober Kommunikationsdesign GmbH, Bochum
www.oktober.de

Umsetzung:

ubb Kommunikation, Bochum, www.ubb-kommunikation.de

Druck:

ENVIRO Value C, 130 g/m², Bilderdruck aus 100 Prozent Recyclingpapier, Koffler Druckmanagement, Dortmund.

Die Beiträge in factory geben nicht zwingend die Meinung der Herausgeber wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Materialien ist die Redaktion dankbar, übernimmt aber keine Gewähr. Das Copyright liegt bei den jeweiligen Autoren beziehungsweise der Redaktion; Nachdruck oder Vervielfältigung (auch auszugsweise) erlaubt die Redaktion auf Anfrage und bei Nennung des Autors und Link auf www.factory-magazin.de.

Mehr lesen und mehr Service im Netz

Abonnieren Sie unseren Newsletter, informieren Sie sich über aktuelle News und Termine, lesen Sie einzelne Beiträge und nutzen Sie weitere Service-Angebote. Folgen Sie uns bei Facebook und Twitter und verbreiten Sie factory und die Idee des Nachhaltigen Wirtschaftens weiter.



- ▶ www.factory-magazin.de
- ▶ Abonnieren Sie unseren Newsletter